


**41. Sitzung, Dienstag, 8. Februar 2000, 19.30 Uhr**

 Vorsitz: *Richard Hirt (CVP, Fällanden)*
**Verhandlungsgegenstände**
**1. Mitteilungen**
**5. Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 2000**

 Antrag des Regierungsrates vom 15. September 1999  
 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom  
 3. Februar 2000, Fortsetzung der Detailberatung,

**3726b**..... Seite 3160

**6. Festsetzung des Steuerfusses für die Jahre 2000 bis 2002**

 Antrag des Regierungsrates vom 15. September 1999  
 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom

 3. Februar 2000, **3727a** ..... Seite 3182

**Verschiedenes**

– Rücktrittserklärungen

- *Vilmar Krähenbühl aus der Kommission Planung und Bau* ..... Seite 3213

– Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse ..... Seite 3214

**Geschäftsordnung**
*Ratspräsident Richard Hirt:* Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

## **1. Mitteilungen**

Keine Wortmeldungen.

## **5. Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 2000**

Antrag des Regierungsrates vom 15. September 1999 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 3. Februar 2000, Fortsetzung der Detailberatung, **3726b**

*Fortsetzung der Detailberatung*

*Konto 3010, Hochbauamt (Globalbudget)*

***Antrag der Finanzkommission zu Konto 3010, Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung: Verschlechterung Fr. 930'000***

***Minderheitsantrag Bruno Kuhn, Werner Bosshard, Theo Toggweiler, Markus J. Werner (FIKO)***

Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung  
gemäss Antrag des Regierungsrates

*Bruno Grossmann (SVP, Wallisellen):* Der Minderheitsantrag der Finanzkommission und der Kommission für Planung und Bau von 930'000 Franken geht von einem Globalbudget aus, in dem die Indikatoren Wirkung und Leistungen im KEF enthalten sind. Der Kürzungsantrag bezieht sich auf diese Indikatoren von Archäologie und Denkmalpflege. Wir wollen also Leistungen in Archäologie und Denkmalpflege in kleinerem Umfang als bisher. Es handelt sich hier um einen globalbudgetkonformen Kürzungsantrag. In beiden Abteilungen sollen die Anzahl Inventarisierungen, Nachführungen, Bauuntersuchungen, archäologische Untersuchungen, Publikationen und Dokumentationen reduziert werden. Per 1. Januar 1998 wurde die Archäologie um 35 Stellen zu 100 Prozent von 8 auf 43 Stellen aufgestockt. Die Überführung von freien Mitarbeitern in feste Anstellungsverhältnisse erfolgte 1998. Mit freien Mitarbeitern wäre ein flexiblerer Einsatz möglich. Damit könnte die befürchtete Verzögerung von Bauprojekten aufgefangen werden. Es ist uns klar, dass ein Stellenabbau nicht von heute auf morgen erfolgen kann. Was aber jetzt einge-

leitet wird, wirkt sich spätestens nach erfolgtem Abbau aus. Wenn bei der Archäologie und der Denkmalpflege die Prioritäten richtig gesetzt werden, sind auch Bauverzögerungen bei reduziertem Personalbestand sicherlich zu vermeiden. Mich erstaunt das Verhalten der FDP, die den Kürzungsantrag in der Kommission mit Vehemenz eingeleitet und bis zur letzten Kommissionssitzung mitgetragen hat. Die Fakten lagen bereits auf dem Tisch, ohne dass sich an diesen zwischenzeitlich etwas geändert hätte. Archäologie und Denkmalpflege werden auch nach erfolgter Kürzung in der Lage sein, ihre Kernfunktionen zu erfüllen. Eine Kürzung um sechs bis sieben Stellen bei der Archäologie und um zwei bis drei Stellen bei der Denkmalpflege ist teilweise durch natürliche Fluktuationen aufgefangen worden. Die Kürzungen von 600'000 Franken bei der Archäologie und von 330'000 Franken bei der Denkmalpflege sind vertretbar, zumal im Januarbrief der Regierung enthalten war, dass der Regierungsrat den Antrag unterstützte und den Antrag der Finanzkommission und der Sachkommission stützte.

Ich bitte Sie, den Minderheitsantrag zu unterstützen.

*Barbara Marty Kälin (SP, Gossau), Präsidentin der Kommission für Planung und Bau (KPB):* Ich spreche für die KPB und damit für die Mehrheit der Finanzkommission.

Die Aufstockung, die Bruno Grossmann eben erwähnt hat, ist nicht eine Aufstockung von tatsächlich 8 auf 43 Personen, sondern es handelt sich um eine Überführung von frei angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in fixe Anstellungen, das heisst die Kosten bleiben sich faktisch gleich. Ob die Leute fix angestellt sind, oder ob sie frei arbeiten, die Arbeit wird von genau gleich vielen Personen erledigt. Diese Überführung erfolgt nach einem entsprechenden Beschluss der Regierung – auf Wunsch der Finanzkontrolle.

Ich brauche Ihnen nicht alle Gründe zu wiederholen – ich habe sie in der letzten Sitzung erwähnt –, die das Hochbauamt, die Archäologie und die Denkmalpflege mit einem solchen Verzicht respektive einer solchen Streichung treffen. Es handelt sich in erster Linie um gravierende personelle Konsequenzen. Beide Abteilungen haben kaum eigene Kosten, sondern die Kosten, die die beiden Ämter verursachen, sind in erster Linie und praktisch ausschliesslich Personalkosten. Ich brauche Ihnen nicht zu wiederholen, dass der mangelnde Personal-

bestand zu Bauverzögerungen, zu verzögerten Bauuntersuchungen und Baubegleitungen führen wird. Damit kann dies kaum im Interesse

Ihrer Seite sein, die genau diese Bauverzögerungen bei jeder Gelegenheit bemängelt.

Ich beschränke mich auf das Schreiben der Baukommission einer unverdächtig bürgerlichen Goldküstengemeinde: «Gerade im Bereich der Denkmalpflege, in welchem eine fachlich kompetente Beratung der Grundeigentümer von eminenter Wichtigkeit ist, soll der Sparhebel angesetzt werden. Unseres Erachtens ist dies ein Schritt in die falsche Richtung, weil damit der erhaltenswerten Bausubstanz ihr oftmals letzter ‹Fürsprecher› entzogen wird. In vielen Gemeinden» – da sind Sie durchaus angesprochen; die Gemeindepräsidenten sitzen auf Ihrer Seite – «wird durch diesen Beschluss der Vollzug der gesetzlichen Aufgabe, schützenswerte Bausubstanz zu erhalten, zusätzlich erschwert. Bis anhin war es den Gemeinden möglich, von der grossen Erfahrung und Beratung der Kantonalen Denkmalpflege zu profitieren. Darüber hinaus bot die Denkmalpflege auch Gewähr für eine Kontinuität bezüglich der bauhistorischen Qualität der Bauten. Wenn sich die Denkmalpflege künftig nur noch um Kerngeschäfte kümmern kann, wird dadurch die Erhaltung der Bausubstanz im Kanton gefährdet. Wir haben die Unterstützung der Denkmalpflege in den vergangenen Jahren sehr geschätzt, war sie doch Garant für eine unabhängige, neutrale Beratung in Fragen der Substanzerhaltung bei Schutzobjekten. Wir würden es sehr bedauern, wenn diese für die Gemeinden wichtige Dienstleistung dem politisch motivierten Sparen zum Opfer fallen würde.»

*Ulrich Isler (FDP, Seuzach):* Auslöser für den ursprünglichen Kürzungsantrag der Kommission Planung und Bau war das erste Budget vom September 1999 mit einem Defizit von 84 respektive 118 Mio. Franken. Unser Ziel war es, Staatsaufgaben und staatliche Leistungen kritisch zu hinterfragen und so zu reduzieren, dass auf der Aufwandseite zumindest ein ausgeglichenes Budget erreicht werden könnte. Obwohl uns die Kulturpflege nicht gleichgültig ist und die linearen Kürzungen den eleganteren, aber ungesetzlichen Weg darstellen, haben wir zwar basierend auf unbefriedigenden Unterlagen in den Abteilungen Archäologie und Denkmalpflege Personalaufwand und entsprechende Leistungen wie Baudokumentationen, Nachführungen und so weiter gekürzt.

Wie Sie bereits gehört haben, wurde die Kantonsarchäologie im Jahr 1997 von 8 auf 43 Vollzeitstellen aufgestockt. Diese von alt Regierungsrat Hans Hofmann initiierte Überführung von freiberuflich für die Archäologie tätigen Selbstständigerwerbenden wurden nicht überall verstanden. Vor allem teilzeitbeschäftigte Frauen und Männer verloren durch diese Massnahme ihre willkommene Nebenbeschäftigung. Ich weiss, dass diese Massnahme offenbar BVK-bedingte personalrechtliche Gründe haben soll.

Wir haben zur Kenntnis genommen, dass auch in diesem Amt in den vergangenen Jahren gespart wurde. Hier allerdings muss ein staatliches Auftragsfeld einer Privatisierung – oder soll ich sagen: einer Teilprivatisierung – hart untersucht werden, damit die Baudirektion eine grössere Flexibilität erhält, wie sie sie vor 1997 gehabt hat. So ausgezeichnet wie die Archäologie bis zum Jahr 1997 funktioniert hat, so müsste sie auch ohne die neu geschaffenen 35 Vollzeitstellen wieder funktionieren können.

Vor diesem Hintergrund ist es offensichtlich kurzfristig nicht möglich, die gewünschten Veränderungen herbeizuführen, dies umso mehr, als der Sachaufwand gegenüber dem Personalaufwand verschwindend klein ist. Zudem zeigt der überarbeitete Nachtrag vom Januar 2000 markant höhere Steuereingänge, was auf eine spürbare wirtschaftliche Erholung schliessen lässt und die Finanzsituation des Kantons Zürich eher entspannt.

Die Finanzkommission und die FDP-Fraktion werden deshalb auf den Kürzungsantrag, das heisst 600'000 Franken bei der Archäologie und 330'000 bei der Denkmalpflege, verzichten.

*Felix Müller (Grüne, Winterthur):* In diesem Antrag wird ersichtlich, wie es mit den Globalbudgets nicht gemeint ist. Globalbudgets sind nicht hier, um einfach Kürzungen einzuleiten oder um Kürzungen zu machen, um Ziele einzuleiten. Globalbudgets sind hier genau gleich wie andere Budgetposten, um im laufenden Rechnungsjahr eingehalten zu werden. Mit den Globalbudgetskürzungen können nicht Ziele verfolgt werden, sondern es werden der Regierung Ziele verpflichtend überbunden. Gerade in diesem Bereich gibt es gesetzliche Verpflichtungen und Aufgaben, die anfallen oder nicht. Wir können uns fragen – das würde aber auch differenziertere Abklärungen brauchen –, ob diese Aufgaben effizient erfüllt werden oder nicht. Einfach Budgetposten in dem Mass zu streichen, dass Stellen gestrichen werden

müssen, das ist nicht die Idee des Globalbudgets. Es ist die Idee, dass man mit einer Leistungsmotion die Regierung beauftragt, zu diesem Budgetposten Stellung zu nehmen und allenfalls im Budget für das Jahr 2001 die entsprechenden Korrekturen anzubringen. So, wie es jetzt vorgeschlagen wird, ist die Globalbudgetierung nicht gemeint. Wir werden den Antrag ablehnen.

*Abstimmung*

**Der Antrag der Finanzkommission, Konto 3010, Hochbauamt, Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung, wird dem Minderheitsantrag Bruno Kuhn, Werner Bosshard, Theo Toggweiler, Markus J. Werner (FIKO) gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt mit 94 : 69 Stimmen dem Antrag der Finanzkommission zu.**

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

*Konto 3012, Kantonale Fernwärmeversorgung (Globalbudget)*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

*Konto 3013, Raumordnung und Vermessung (Globalbudget)*

**Antrag der Finanzkommission zu Konto 3013, Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung: Verschlechterung 250'000 Franken**

***Minderheitsantrag Bruno Kuhn, Werner Bosshard, Theo Toggweiler, Markus J. Werner (FIKO)***

Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung  
gemäss Antrag des Regierungsrates

***Minderheitsantrag Felix Müller, Gerhard Fischer für Erich Hollenstein, Ueli Keller, Barbara Marty Kälin, Peter Oser (KPB)***

Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. -9'242'593

neu: Fr. -9'742'593

Verschlechterung: Fr. 500'000

(vollständiger Verzicht auf den Kürzungsantrag vom 25. November 1999)

***Minderheitsantrag Hans Frei (KPB)***

Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. -9'242'593

neu: Fr. -9'142'593

Verbesserung: Fr. 100'000

(zusätzliche Aufwandkürzung bei der Vermessung 3013-02, Reduktion ausserhalb Siedlungsgebiet)

*Hans Frei (SVP, Regensdorf):* Ich spreche zum Globalbudget des Amtes für Raumordnung und Vermessung (ARV). Auch hier hat der Freisinn dazu getan, dass der Pfad des regierungsrätlichen Antrags verlassen worden ist. Es ist nochmals festzuhalten, dass in diesem Globalbudget in der Sachkommission klar die Indikatoren angesprochen wurden und dass die Diskussion geführt wurde, in welchem Umfang letztlich diese Aufgaben weitergeführt werden müssen oder ob dieser Umfang ausgedehnt werden muss. In Zahlen ausgedrückt hat sich der Saldo um eine weitere Million Franken innerhalb eines Jahres verschlechtert. Diesen galt es zu hinterfragen. Mit der Kontaktnahme zur Amtsstelle konnten wir einerseits feststellen, dass sich der Umfang ausgedehnt hat und letztlich zu 700'000 Franken Mehraufwendungen führen sollte. Handkehrum – jetzt müssen Sie gut zuhören – erledigt das GIS-Zentrum für 300'000 Franken Aufwand Arbeiten in diesem Amt. Sie kennen vielleicht die heutige gesetzliche Regelung weniger. Das GIS-Zentrum hat klar die Vorgabe, 100 Prozent Selbstfinanzierung auszuweisen. Es kann nicht angehen, dass Vorgaben und Datenverarbeitungen in einer Amtsstelle erledigt werden, dort gewisse Aufwendungen belastet werden und demzufolge diese Vorschrift umgangen wird. Auch das veranlasste uns, dies zu hinterfragen. Das darf so nicht sein.

Der Antrag wurde bereits korrigiert. Er schwand auf 500'000 Franken Kürzung. In der Diskussion der jüngsten Sitzung wurde von der Regierung beziehungsweise von der Baudirektion beantragt, ihn nochmals um 250'000 Franken zu kürzen.

Dazu sind wir nicht bereit. Wir stehen heute hinter dem regierungsrätlichen Antrag und bitten Sie, dies auch zu tun.

*Felix Müller (Grüne, Winterthur):* Ich habe den Antrag gestellt, den ursprünglichen regierungsrätlichen Antrag vom September 1999 aufrechtzuerhalten. Ich demonstriere Ihnen damit, was mit den Budget-



kürzungen wirklich gemacht wird. Im Bereich der Ortsbildinventare wird mit den 250'000 Franken gespart, die jetzt zusätzlich gestrichen werden sollen. Durch die Änderung der Bauverfahrensverordnung sind die Gemeinden beauftragt worden, vorsorgliche Massnahmen im Bereich des Ortsbildschutzes beim ARV einzureichen. Wenn die Gemeinden diese vorsorglichen Massnahmen jetzt eingereicht haben, müssten diese bearbeitet werden, sodass der konkrete Ortsbildschutz revidiert wieder in Kraft treten kann. Das wird im Jahr 2000 nicht stattfinden. Das wird auf irgendwann später verschoben.

Weiter haben wir jetzt eine relativ grosse Richtplanrevision ins Einwendungsverfahren gegeben. Wir haben dieses Einwendungsverfahren beendet. Die KPB ist jetzt daran, den Bereich Landschaft im Richtplan neu aufzulegen. In dieser Revision wird auch berücksichtigt, dass vor anderthalb Jahren das Bundesgesetz über die Raumplanung geändert wurde, indem die Landschaft konkreter respektive ein bisschen komplizierter geplant werden muss. Mit dieser Raumplanungsrevision soll dies auch im Bereich der Landschaft stattfinden. Die Umsetzung dieser Massnahmen, die nun gemäss Art. 16 des neuen Raumplanungsgesetzes gefordert ist, wird unter anderem auch den Landwirten dienen. Sie werden nicht nur dem Naturschutz, der Natur, der Umwelt und der Landschaft dienen, sondern auch der Landwirtschaft. Auch hier ist Ihnen wichtiger, dass Geld gespart wird, als dass Gesetze, die unweigerlich in Kraft treten werden, auch umgesetzt werden können.

*Hans Frei (SVP, Regensdorf):* Zu meinem Minderheitsantrag, den ich in der Konsequenz der Sache gestellt habe, nämlich zur Vermessung: Bei der Vermessung war es so, dass die Kommission keine Kürzungen ins Auge fasste. Bei den Indikatoren wurde klar unterschieden zwischen der Tätigkeit des Vermessungsamtes im Siedlungsgebiet – das ist völlig unbestritten und soll unberührt bleiben – und den Aufgaben ausserhalb des Siedlungsgebiets. Für die Aufgaben des Vermessungsamtes ausserhalb des Siedlungsgebiets wurde ein Zeithorizont bis 2012 gegeben, um dort die Arbeiten abzuschliessen. Dieser wurde hinterfragt. Die Arbeiten und Tätigkeiten ausserhalb des Siedlungsgebietes sind nie unter zeitlichem Druck wie diejenigen im Siedlungsgebiet selber. Daher bleibt der Antrag für das ARV um 100'000 Franken Budgetverbesserung bestehen.

*Gabriela Winkler (FDP, Oberglatt):* Ich spreche namens der FDP-Fraktion und bitte Sie, dem Mehrheitsantrag der Finanzkommission respektive der KPB zuzustimmen. Meine Vorredner haben Ihnen dargestellt, dass wir innerhalb der Kommission um diese Beträge sehr sorgfältig und ausführlich diskutiert und gefeilscht haben. Es war zeitweise wie in einem orientalischen Bazar. Immerhin ist es so, dass die hier resultierende Budgetverschlechterung von 250'000 Franken einen unmittelbaren Leistungsgegenwert hat, der für Bauwillige in diesem Land und in diesem Kanton durchaus eine Bedeutung hat. Wir sind darauf angewiesen, dass das ARV in der Lage ist, Baubewilligungen speditiv zu behandeln und dafür zu sorgen, dass der Bürger und Grundeigentümer auch sein Eigentum nutzen kann.

Ich beantrage Ihnen, dieser Verschlechterung im Sinne einer Aufrechterhaltung des Staates, die er und nur er erbringen kann, zuzustimmen.

*Ratspräsident Richard Hirt:* Ich habe irgendwelche Meldungen zu diesem Abstimmungsprozedere erhalten. Ich hätte vorgeschlagen, dass wir zuerst den Minderheitsantrag Bruno Kuhn dem Minderheitsantrag Hans Frei gegenüberstellen. Der Verbleibende wird dem Minderheitsantrag Felix Müller gegenübergestellt. Wiederum der verbleibende Minderheitsantrag würde dann dem Mehrheitsantrag der Finanzkommission gegenübergestellt. Sind Sie damit einverstanden?

*Vilmar Krähenbühl (SVP, Zürich):* Es war absolut nicht die Meinung, dass es so stimmt, wie die Minderheitsanträge in die Vorlage aufgenommen wurden. Wir sind der Meinung, dass 250'000 Franken zu kürzen sind und zusätzlich die 100'000 Franken, die Hans Frei beantragt. Wenn Sie ausmehren wollen, können Sie den Minderheitsantrag der Finanzkommission dem Minderheitsantrag Felix Müller gegenüberstellen und am Schluss den Minderheitsantrag Hans Frei zusätzlich gegen den Antrag der Finanzkommission und der KPB abstimmen. Es handelt sich beim Antrag Frei um einen zusätzlichen Antrag.

*Ratspräsident Richard Hirt:* Dies geht aus meinen Unterlagen nicht hervor. Sie müssen die Anträge auch so stellen. Das ist ein Globalbudget. Ich stimme so ab, wie ich es gesagt habe. Ist jemand anderer

Meinung? Vilmar Krähenbühl, ich bitte Sie, Ihren Antrag nochmals genau zu formulieren.

*Vilmar Krähenbühl (SVP, Zürich):* Ich möchte, dass der Minderheitsantrag Bruno Kuhn dem Minderheitsantrag Felix Müller gegenübergestellt wird und danach der Obsiegende dem Antrag der Finanzkommissionsmehrheit. Dann soll in einer zweiten Abstimmung geklärt werden, ob man dem Minderheitsantrag Hans Frei zustimmt oder nicht.

*Ratspräsident Richard Hirt:* Der Antrag der Finanzkommissionsmehrheit ist der Hauptantrag. Wir müssen zuerst die Minderheitsanträge ausmehren. So geht es nicht.

*Felix Müller (Grüne, Winterthur):* Es kommt vielleicht am Schluss nicht so genau darauf an. Genau genommen hat Vilmar Krähenbühl Recht. Ich kann dies unterstützen. Es geht bei den Globalbudgets nicht nur um die Zahlen, sondern letztlich auch um die Indikatoren respektive um die Argumente. In diesem Sinne ist der Minderheitsantrag Hans Frei ein anderer.

*Abstimmung*

**Der Kantonsrat stimmt mit deutlich sichtbarer Mehrheit dem Antrag Vilmar Krähenbühl betreffend Abstimmungsprozedere zu.**

*Abstimmung*

**Der Minderheitsantrag Bruno Kuhn, Werner Bosshard, Theo Toggweiler, Markus J. Werner (FIKO), Konto 3013, Raumordnung und Vermessung, Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung, wird dem Minderheitsantrag Felix Müller, Gerhard Fischer für Erich Hollenstein, Ueli Keller, Barbara Marty Kälin, Peter Oser (KPB) gegenübergestellt. Der Rat bevorzugt mit 68 : 61 Stimmen den Antrag Bruno Kuhn.**

*Abstimmung*

**Der Minderheitsantrag Bruno Kuhn, Werner Bosshard, Theo Toggweiler, Markus J. Werner (FIKO), Konto 3013, Raumordnung und Vermessung, Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung, wird dem Antrag der Finanzkommission gegenübergestellt. Der**

**Kantonsrat bevorzugt mit 98 : 64 Stimmen den Antrag der Finanzkommission.**

*Abstimmung*

**Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag Hans Frei, Konto 3013, Raumordnung und Vermessung, Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung, mit 96 : 60 Stimmen ab.**

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

*Konto 3014, Tiefbau (Globalbudget)*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

*Konto 3015, AWEL (Globalbudget)*

**Antrag der Finanzkommission zu Konto 3014, Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung: Verschlechterung um 1'000'000 Franken (teilweiser Verzicht auf den Kürzungsantrag vom 25. November 1999)**

***Minderheitsantrag Toni Püntener, Esther Arnet, Luzia Lehmann, Peter Stirnemann (KEVU)***

Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. -97'853'824

neu: Fr. -99'853'824

Verschlechterung: Fr. 2'000'000

(vollständiger Verzicht auf den Kürzungsantrag vom 25. November 1999)

***Antrag Werner Schwendimann***

Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. -98'853'824

neu: Fr. -97'853'824

Verbesserung: Fr. 1'000'000

*Toni W. Püntener (Grüne, Zürich):* Mit meinem Minderheitsantrag gehe ich auf den ursprünglichen Antrag des Regierungsrates zurück. Wie wir noch hören werden – vom Minderheitsantrag, der von der SVP gestellt wird –, geht es um die Bereiche Altlasten, Kontrolle und Trinkwasserschutz. Auch im nicht mehr ganz so neuen Jahr müssen wir uns mit Altlasten beschäftigen. Wir wollen den Altlastenver-

dachtsflächenkataster in einen definitiven Altlastenkataster überführen. Es geht selbstverständlich nicht darum, bei diesem Wortungetüm fast die Hälfte der Buchstaben einzusparen, obwohl das eine erhebliche Verbesserung des Buchstabenkontos wäre. Wir wollen möglichst rasch den Bundesauftrag umsetzen, um im Kataster nur noch diejenigen Flächen aufzuführen, die tatsächlich mit Altlasten belastet sind. Es geht hier zum Beispiel um Rechtssicherheit. Diese können wir nicht schnell genug erreichen.

Beim zweiten Teil geht es um Kontrollen zur Sicherstellung des Gewässerschutzes. Der Kanton Zürich macht heute zu wenig Kontrollen. Die SVP will hier noch mehr sparen. Bei unseren Bächen, Flüssen und Seen geht es um ein Lebensmedium für Mensch und Natur. Weil Kontrollen die Wahrscheinlichkeit von ökologischen Katastrophen vermindern, sind die Grünen im Sinne der Vorsorge für ausreichende Kontrolle, auch wenn sie etwas kosten.

Beim dritten Bereich geht es um die Qualitätssicherung unseres Trinkwassers. Mit dem Geld soll gesichert werden, dass die landwirtschaftliche Bewirtschaftung – die so genannten Zuströmbereiche – auf den Schutz des Wassers abgestimmt wird.

Ein Echo zu gestern: Die Nitratgehalte des Trinkwassers sind wie das Echo der Natur die Naturschutzsünden der Landwirtschaft. Da steht es nicht zum Besten. Um die Zuströmbereiche zu schützen, ist etwas Geld nötig.

Drei gute Gründe also für die Zustimmung zu meinem Minderheitsantrag.

*Werner Schwendimann (SVP, Oberstammheim):* Ich beantrage Ihnen, am Saldo des Globalbudgets AWEL gemäss Antrag des Regierungsrates vom 19. Januar 2000 festzuhalten. Im November 1999 hat die KEVU eine Kürzung des Aufwands von 2 Mio. Franken beschlossen. Die Finanzkommission hat diesen Antrag ebenfalls unterstützt. Wie versprochen hat der Regierungsrat im Januarbrief diese Kürzung berücksichtigt. Entgegen dem Antrag des Regierungsrates hat nun Regierungsrätin Dorothee Fierz in der KEVU ein Rückkommen auf diese Kürzung beantragt. Das Resultat steht nun in Ihrem Antrag, nämlich nur 1 Mio. Franken zu kürzen. Mit der beantragten Kürzung des Saldo auf minus 97'853'824 Franken sind folgende Leistungsveränderungen verbunden:

Erstens verlangen wir eine einfachere und wirtschaftsfreundlichere Umsetzung und Erstellung des Altlastenkatasters. Das Trauerspiel bei der überperfektionierten Erstellung des Altlastenverdachtsflächenkatasters darf nicht wiederholt werden. Es müssen Wege gefunden werden, das Bundesrecht auf einfachste Art umzusetzen.

Zweitens verlangen wir den Verzicht auf die Ausscheidung von Zuströmbereichen von Grundwasserfassungen. Dieses Projekt gehört in den Bereich der Wunschobjekte des AWEL. Alle Trinkwasserversorgungen des Kantons Zürich liefern den Konsumenten einwandfreies Wasser. Es gibt deshalb keine einzige Trägerschaft einer Wasserversorgung, die diese Ausscheidung der Zuströmbereiche verlangt. Dazu kommt, dass zurzeit noch völlig offen steht, wie oder welche Vorschriften in solchen Zuströmbereichen zur Anwendung kommen sollen. Schon gar nicht klar ist, wer die Folgen solcher Ausscheidungen zu tragen hat. In dieser Sache läuft im Moment ein Pilotprojekt. Bevor die Lehren und Folgen aus diesem Projekt nicht gezogen sind, dürfen keine neuen solchen Projekte in Angriff genommen werden.

Drittens verlangen wir eine Reduktion der periodischen Kontrollen. Dazu gehören auch unnötige Kontrollen von Details in Baugesuchen, welche bereits auf Stufe Gemeinde geprüft wurden. Mit den vorgeannten Bereichen des Leistungsauftrags hat das AWEL genügend Spielraum, die geforderte Einsparung von 2 Mio. Franken zu erreichen.

Ich bitte Sie, dem Antrag des Regierungsrates vom Januar 2000 zuzustimmen und den neuen Antrag der KEVU abzulehnen. Ich bitte Sie auch, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und nicht im Interesse der Verwaltung zu entscheiden.

*Esther Arnet (SP, Dietikon), Präsidentin der Kommission für Energie, Umwelt und Verkehr (KEVU):* Eigentlich freut es mich, dass Ratspräsident Richard Hirt den Minderheiten ein solch grosses Gewicht zumisst. Deshalb stehe ich als Präsidentin der KEVU selbstverständlich in der Rednerliste gerne etwas zurück.

Bei der Beratung des Globalbudgets AWEL hat es ein Missverständnis gegeben; dasselbe, auf das Bruno Kuhn bei einem anderen Geschäft schon hingewiesen hat. Deshalb kommt der Minderheitsantrag Schwendimann so zu Stande, wie er nun vorliegt. Zum ursprünglichen Voranschlag hat die Kommissionmehrheit einen Kürzungsantrag von 2 Mio. Franken gestellt. Dieser wurde in den Januarbrief aufgenom-



men. Regierungsrätin Dorothee Fierz hat dann an der KEVU-Sitzung, als wir den Januarbrief behandelt haben, aufzeigen können, dass die Streichung von 2 Mio. Franken schwerwiegende und teilweise unerwünschte Auswirkungen haben würde. Das hat die Mehrheit der KEVU dazu bewogen, auf diesen Antrag zurückzukommen. Die Kommissionsmehrheit wandte sich also von diesem nunmehr regierungsrätlichen Antrag ab und sieht von der Kürzung um 2 Mio. Franken ab. Die Mehrheit schlägt nun eine Kürzung von nur 1 Mio. Franken vor. Der immer bestehende Minderheitsantrag von Toni Püntener, den Sie bereits gehört haben, will gänzlich auf eine Kürzung verzichten. Dieser Minderheitsantrag besteht nach wie vor. Die andere Minderheit, vertreten durch Werner Schwendimann, will aber am Kürzungsantrag um 2 Mio. Franken festhalten. Weil dies dem regierungsrätlichen Antrag im Januarbrief entspricht, gingen wir davon aus, dass wir diesen Minderheitsantrag nicht einreichen müssen. Daher hat dies Werner Schwendimann nun auf diesem Weg getan.

Wir haben drei Anträge zu diesem Globalbudget des AWEL. Der eine Antrag ist von der Finanzkommission, der KEVU und Regierungsrätin Dorothee Fierz und bedeutet eine Verschlechterung um 1 Mio. Franken. Die Zahl wäre dann 98'853'824 Franken. Wir sind der Meinung, dass dies der Hauptantrag ist. Die KEVU-Mehrheit empfiehlt Ihnen, diesem Antrag zuzustimmen.

Der zweite Antrag ist der Minderheitsantrag Schwendimann, der dem ursprünglichen Antrag von KEVU und FIKO und ebenfalls dem regierungsrätlichen Antrag im Januarbrief entspricht. Der würde eine Nullveränderung im Januarbrief bedeuten und lautet auf 97'853'824 Franken.

Der Minderheitsantrag Püntener entspricht dem ursprünglichen Voranschlag des Regierungsrates und bedeutet eine so genannte Verschlechterung von 2 Mio. Franken.

Die KEVU-Mehrheit beantragt Ihnen, dem Antrag FIKO/KEVU und Regierungsrätin Dorothee Fierz zuzustimmen, nämlich einer Verschlechterung um 1 Mio. Franken.

*Peter Stirnemann (SP, Zürich):* Die SP-Fraktion wird den Minderheitsantrag mittragen. Es geht darum, mit dem Minderheitsantrag den Saldo der Laufenden Rechnung gemäss dem ersten Antrag der Regierung auf minus etwa 99,5 Mio. Franken zu belassen. Dies ist ein ziemliches Hin und Her. Ich hoffe, Sie kommen noch klar, was

schliesslich gemeint ist. Warum hat es dieses Hin und Her gegeben? Ich verstehe es nur so, dass es geprägt ist von einem Misstrauen und einer Skepsis gegenüber dem AWEL. Wie aus den Voten und den Begründungen entnommen werden konnte, wirft man diesem Amt ein bisschen vor, es arbeite unwirtschaftlich und zu kompliziert, es kontrolliere zu viel, es sei wirtschaftsfeindlich und es verrichte unnötige Arbeiten. Man könnte fast meinen, man würde diesem Amt vorwerfen, es betreibe Selbstbeschäftigung zu seiner Selbstbestätigung.

Wir konnten mit der Baudirektorin sehr eingehend über die Arbeit dieses Amtes reden. Sie hat uns die Arbeit ziemlich eingehend erläutert. Wir sind überzeugt davon, dass das AWEL gesetzliche Auflagen zu erfüllen, bundesgesetzliche Vorschriften zu befolgen und diesen Aufträgen nachzukommen hat. Das Amt arbeitet – davon konnten wir uns überzeugen – rationell. Auf eine ganz klare Frage an die Baudirektorin, ob es möglich sei, diese Vorgänge zu verkürzen, hat sie gesagt: Ja, aber das würde bedeuten, dass mehr Leute angestellt werden müssten. Es wäre also teurer, wenn das Amt die Verfahren und Abklärungen in kürzerer Zeit erledigen müsste.

Sie haben gehört, was das Amt macht. Es geht um die Erstellung des Altlastenkatasters beziehungsweise der Verifizierung oder «Falschifizierung» des Altlastenverdachtskatasters. Das ist eine sehr notwendige Arbeit. Bauherren und Unternehmen, die zum Beispiel auf ehemaligem Industriegelände bauen wollen, müssen eine solche Aussage haben. Sie wollen innert vernünftiger Zeit wissen, ob sie dort bauen können oder ob sie noch irgendwelche Auflagen zu erfüllen haben. Das ist nichts als Vorschrift, und es ist im Sinne der Wirtschaft, dass diese Arbeit rationell, schnell und mit den nötigen Mitteln erledigt werden kann.

Zur Gewässerkontrolle: Wir erfuhren, dass 20'000 Betriebe im Kanton Zürich überprüft werden müssen. Das ist Pflicht. Dies macht das AWEL nicht, weil es Freude daran hat, sondern weil es muss. Wir konnten auch erfahren, dass das Amt nur etwa 400 Kontrollen selbst macht, die anderen werden als Aufträge nach aussen vergeben. Die Mittel sind nötig, um diese Aufträge erteilen zu können.

Zu den Zuströmbereichen für die Trinkwasserversorgung: Wenn sich irgendwo erweist, dass das Trinkwasser gewisse Einträge hat, muss das Wasser verbessert werden. Es geht auch um die Volksgesundheit.

Mit unserem Minderheitsantrag bringen wird zum Ausdruck, dass wir Vertrauen in dieses Amt haben und dass wir überzeugt sind, dass dieses Amt gute und seriöse Arbeit verrichtet, so wie es das Gesetz befiehlt.

Ich bitte Sie, den Minderheitsantrag, das heisst den ursprünglichen Antrag der Regierung vom September zu unterstützen.

*Hans-Peter Züblin (SVP, Weiningen):* Toni Püntener, Sie sagen, wir wollten den Altlastenverdachtskataster in einen Altlastenkataster umwandeln. Wir wollen aber nur den Altlastenverdachtskataster eliminieren, also das Wort «Verdacht» wegschaffen. Der Altlastenkataster ist gemäss Weisungen des Bundesamtes zu erstellen und nicht wie heute in einer Phantasie. Dieser Verdachtskataster ist für die Wirtschaft und das Gewerbe nicht mehr tragbar. Die Angelegenheit eilt. Dies muss mit den normalen Mitteln geschehen. In den Gewerbebetrieben kann das Budget nicht zurückgenommen werden und eine entsprechende Direktion einfach nach zwei Monaten wieder mehr Geld verlangen, nur weil man nicht gewillt ist zu sparen und die Mittel effizient einzusetzen. Wir haben es hier mit Einzelkämpfern zu tun. Wir sollten handeln.

*Martin Mossdorf (FDP, Bülach):* Ich vertrete die Meinung der Kommissionmehrheit, der eigentlich auch die Mitglieder der SVP angehören, also wie Sie sehen können, die Vertretung einer mittleren Unzufriedenheit.

Den Auftrag, dass die Altlastenverdachtsflächenkataster in den Altlastenkatasterplan überführt werden müssen, ist ein Bundesauftrag, den wir zu akzeptieren haben und an den wir uns halten müssen, ob wir wollen oder nicht. Mir geht es heute darum, dass diese Arbeit schnell erledigt wird und dass hier möglichst bald Rechtssicherheit vorherrscht, damit die Grundeigentümer wissen, woran sie sind. Dazu braucht es einen gewissen Aufwand. Wir haben aber im Gespräch mit der Baudirektorin festgelegt, dass dieser Aufwand nicht so hoch – oder noch nicht so hoch – sein muss, wie ursprünglich geplant war.

Darum bitte ich Sie – ich gehe nicht mehr auf alle Details ein, die vorhin erwähnt worden sind –, den Antrag der Mehrheit, nämlich um 1 Mio. Franken zu kürzen, zu unterstützen.

*Abstimmung*

**Der Minderheitsantrag Toni Püntener, Esther Arnet, Luzia Lehmann, Peter Stirnemann (KEVU), Konto 3015, AWEL, Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung, wird dem Antrag Werner Schwendimann gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt mit 62 : 62 Stimmen. Ratspräsident Richard Hirt bevorzugt mit Stichentscheid den Antrag Schwendimann.**

*Abstimmung*

**Der Antrag Werner Schwendimann, Konto 3015, AWEL, Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung, wird dem Antrag der Finanzkommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt mit 93 : 63 Stimmen dem Antrag der Finanzkommission zu.**

*Antrag Toni W. Püntener*

Globalbudget, Investitionen, Ausgaben

alt: Fr. -56'060'000

neu: Fr. -59'060'000

Verschlechterung: Fr. 3'000'000

*Toni W. Püntener (Grüne, Zürich):* Seit zweieinhalb Jahren subventioniert der Bund Solaranlagen. In dieser Zeit sind im Kanton Zürich fast 1000 Sonnenkollektoranlagen mit gegen 11'000 m<sup>2</sup> eingebaut worden. Dazu kommen noch 126 Solarzellenanlagen. Da läuft einiges. Es sind auch einige Millionen Franken Bundesgelder in den Kanton Zürich geflossen. Seit dem 1. Januar 2000 gibt es diese Subventionen leider nicht mehr, weil der Bund die gesetzlichen Bestimmungen geändert hat. Weil dies so kurz zurückliegt, konnte ich dieses Thema noch nicht in die Kommission einbringen und dort diskutieren. Die Situation mit den fehlenden Bundessubventionen wird erst wieder ändern, wenn der Bund das Förderabgabengesetz in Kraft setzt. Die gesetzlichen Grundlagen dazu stehen an einer Volksabstimmung im September 2000 zur Diskussion. Da werden einige Subventionsgelder wieder fliessen. Wir müssen also feststellen, dass es ab dem 1. Januar 2000 bis zur Inkraftsetzung des Gesetzes eine Subventionslücke gibt.

Um dies zu verhindern, stelle ich den Antrag, den Investitionskredit des AWEL um 3 Mio. Franken aufzustocken. Damit könnten etwa Unterstützungsbeiträge im bisherigen Umfang ausbezahlt werden. Weil die gesetzlichen Grundlagen im Moment noch fehlen, werde ich bei Annahme meines Antrags eine entsprechende Motion einreichen.

Damit wir diese Lücke schnell schliessen können, wird es ganz wenige Paragrafen brauchen. Selbstverständlich werden die voraussichtlichen Bundesbeiträge berücksichtigt.

Zum Schluss: Sonnenenergieanlagen sind eine gute Sache mit viel Sympathie in der Bevölkerung. Sie verdienen Förderung. Ich bin gespannt, ob es der Kanton Zürich schaffen wird, eine schnelle und einfache Lösung für die Schliessung der Subventionslücke zu finden. Vielen Dank für die Unterstützung meines Antrags.

*Lucius Dürri (CVP, Zürich):* Ich gebe meine Interessenbindung bekannt: Ich bin Vorstandsmitglied und Finanzchef von Swiss Solar.

Toni Püntener hat versucht, etwas relativ Komplexes zu erklären. Ich werde ihn unterstützen und dies noch etwas verdeutlichen. Es ist tatsächlich so, dass der Kanton Zürich aufgrund einer Gesetzeslücke vom Bund weiterhin Subventionen für erneuerbare Energien erhält, wenn er selber das Doppelte aufstockt. Aber die Solarenergie kann unglücklicherweise nicht gefördert werden, weil das im Moment nicht gesetzlich vorgesehen ist. Es ist sinnvoll, hier das Gesetz entsprechend anzupassen, dafür quasi einen Kredit zu sprechen und einzufrieren, bis das Ganze erfolgt. Mein Verband selber behandelt die Solargesuche im Auftrag des Bundes. Gerade aus dem Kanton Zürich kamen eine Unmenge Gesuche, die leider nur teilweise bewilligt werden konnten, weil das Geld nicht ausreichte. Sie würden jetzt ganz versiegen, zumindest vorübergehend bis zur Herbstabstimmung, wenn der Kanton nicht selber aktiv wird. Es ist sinnvoll, auch wenn es finanzgesetzlich vielleicht etwas schwierig ist, diesen Kredit zu sprechen und ihn einzufrieren, um dann nach bestehender Gesetzesgrundlage diesen auch anzuwenden.

Denken Sie daran, dass diese Investition auch wirksam für die Wirtschaft ist. Wir haben einen Faktor von 10, das heisst wenn Sie 3 Mio. Franken investieren, generieren Sie am Schluss etwa 30 Mio. Franken, welche dem Gewerbe zukommen, das letztlich damit wieder Steuern generiert. Die Investition ist nicht nur für die Energiesparmassnahmen und für die Umwelt, sondern auch für die Wirtschaft.

Ich bitte Sie, diesen sicher etwas unkonventionellen Antrag zu unterstützen und damit einen Beitrag für die Solarenergieförderung zu leisten.

*Esther Arnet (SP, Dietikon):* Toni Püntener weist auf einen Missstand hin. Das müssen wir so akzeptieren. Man kann ihm den Vorwurf machen, dass er erst jetzt damit kommt. Wir müssen uns vielleicht diesen Vorwurf eher selbst machen, dass wir dies nicht früher gesehen und daran gedacht haben, das Anliegen aufzunehmen.

Es ist tatsächlich problematisch, dass man mit diesem Antrag Geld in die Investitionsrechnung hineingibt, für das zurzeit die gesetzliche Grundlage fehlt. Ich bin aber überzeugt, dass die Baudirektorin mit ihrer Baudirektion den Solarturbo einschalten kann und sofort dafür sorgen wird, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen und dass man mit dem von Toni Püntener vorgeschlagenen Weg eine Lösung finden kann, die für diese schwierige Situation, in der wir stecken, durchaus befriedigend sein wird.

Die Schattenseite dieses sonnigen Anliegens ist tatsächlich, dass wir es nicht in der Kommission besprechen konnten, dass wir gerade erst davon erfahren und dass auch die Fraktionen nicht über dieses Anliegen diskutieren konnten.

Ich bitte Sie trotzdem, den Antrag von Toni Püntener zu unterstützen.

*Martin Vollenwyder (FDP, Zürich):* Ich muss Ihnen ehrlich sagen, mich dünkt die Budgetdebatte auch etwas lang. Jetzt stehen Sie aber im Schatten.

Die Problematik ist die, dass man nicht in einem Budget plötzlich einen Kredit sprechen kann, der jeder gesetzlichen Grundlage entbehrt. Das würde Tür und Tor für jedes Präjudiz öffnen. Ich weiss nicht, was Sie gedacht haben, als Sie sich heute Nachmittag diesen Antrag überlegt haben. Wenn Sie nachher eine Motion einreichen, Toni Püntener – ich habe Ihnen schon zugehört –, muss damit eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden. Diese muss hier drinnen beraten werden. Dann können wir weitersehen.

Dass Lucius Dürr im Vorstand der Solarenergetiker ist, mag angehen, dann müssten Sie aber früher mit Ihrer Motion kommen. Sie sind schlicht zu spät aufgestanden. Der nächste Kredit wird vermutlich in zirka acht Monaten wieder gesprochen. So geht es nicht. Sonst kön-

nen Sie alles auf diesem Weg in ein Budget hineinposten. Dann ist es nicht mehr seriös.

Ich bitte alle, die an einer seriösen Budgetberatung interessiert sind, von dieser übers Knie gebrochenen Übung abzusehen.

*Toni W. Püntener (Grüne, Zürich):* Ich stehe heute Abend nicht ganz im Schatten. Dies ist mir selbstverständlich bewusst. Wir hatten aber genau den gleichen Mechanismus schon einmal in diesem Budget, nämlich beim Flughafenfonds. Auch dort gibt es einen gesperrten Kredit, für den es keine gesetzliche Grundlage gibt. Selbstverständlich habe ich meinen Antrag mit diesem Sperrantrag versehen. Ich denke, finanzrechtlich wird es kein Problem geben, auch für Sie nicht.

*Regierungsrat Christian Huber:* Wer anders als der Finanzdirektor wäre an einer seriösen Budgetdebatte interessiert? Ich fasse mich deshalb sehr kurz.

Es entspricht der ständigen Praxis des Regierungsrates, in der Regel Sparmassnahmen des Bundes nicht zu kompensieren. Sonst werden sie tatsächlich zu «Spassmassnahmen». Es gibt, das ist richtig, keine Rechtsgrundlagen für diese Subventionen. Ob Sie dereinst bereit sein werden, wieder Subventionen zu installieren, ist eine andere Frage. Wir sind langsam dabei, Subventionen abzubauen und überhaupt von diesem Giesskannenmodell wegzukommen. Der Bund hat dies mit gutem Grund gemacht. Der Kanton Zürich sollte hier nicht einspringen.

Zur Sperrung des Kredits: Das macht keinen Sinn. Ein Sinn der Sperrung ist meiner Meinung nach, dem Regierungsrat die Möglichkeit zu geben, in Kenntnis der fehlenden gesetzlichen Grundlagen einen Kredit in seinen Voranschlagsantrag einzustellen. Der Kantonsrat kann dann aus dem Entwurf entnehmen, dass die gesetzlichen Grundlagen fehlen und hat die Möglichkeit, den Kredit auf den Weg eines Nachtragkredits zu verweisen und ihn nicht in den Voranschlag aufzunehmen. Wenn der Kantonsrat den gesperrten Kredit im Voranschlag belässt, so hat dies vorerst keinerlei Wirkung, da die Beiträge nicht ausbezahlt werden dürfen, bis die gesetzlichen Grundlagen vorliegen. Eine Sperrung des Kredits durch den Kantonsrat hat somit keinerlei Wirkung und wäre höchstens eine Massnahme der Informationsdarstellung.

3182

Ich beantrage Ihnen, die Verschlechterung um 3 Mio. Franken nicht in letzter Minute vorzunehmen.



*Abstimmung*

**Der Kantonsrat lehnt den Antrag Toni Püntener, Konto 3015, AWEL, Globalbudget, Investitionen, Ausgaben, mit 92 : 47 Stimmen ab.**

*Ratspräsident Richard Hirt:* Ich habe damit gerechnet, dass dies passieren würde. Deshalb habe ich die finanzrechtlichen Aspekte bei diesem Antrag nicht zur Diskussion stellen wollen.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

*Konto 3030, Zentrale Dienstleistungen (Globalbudget)*

**Antrag der Finanzkommission zu Konto 3030, Zentrale Dienste, Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung: Verschlechterung um 250'000 Franken.** (Teilweiser Verzicht auf den Kürzungsantrag vom 25. November 1999).

**Minderheitsantrag Bruno Kuhn, Werner Bosshard, Theo Toggweiler, Markus J. Werner (FIKO)**

Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung  
gemäss Antrag des Regierungsrates

*Ueli Kübler (SVP, Männedorf):* Ich bitte Sie, auch beim Globalbudget Zentrale Dienstleistungen den Antrag der Regierung exklusive Baudirektion zu unterstützen; das ist ein Antrag, welcher im November 1999 ebenfalls noch Kommissionsmehrheitsantrag war. Damals stellte eine Kommissionsmehrheit fest, dass eine Reduktion von Stellenprozenten im Dienstleistungszentrum (DLZ) machbar ist. Globalbudgetgerecht folgte sie in der Begründung der Möglichkeit, Publikationen in grösseren Zeitabständen zu erstellen, beispielsweise die ZUP (Zürcher Umweltpraxis). Ich will hier die Qualität dieser Publikation nicht in Zweifel ziehen. Durch solche Massnahmen wird unserem Staat keineswegs verunmöglicht, seine Kernaufgaben zu erfüllen. Mit dem etwas verdünnteren Erscheinen des ZUP sehe ich die Umsetzung der Umweltgesetzgebung in unserem Kanton nicht gefährdet. Also lässt sich hier ohne Weiteres sparen.

Ich zweifle allerdings, ob das Wort «sparen» bei der Baudirektion noch Unterschlupf findet, wenn man dem KEF entnimmt, dass zwischen 1999 und 2003 eine fast fünfprozentige Personalaufstockung geplant ist – 64 Stellen, davon allein 20 Stellen im DLZ. Wenn Sie eine derartige Aufblähung unserer Verwaltung für die Zukunft unterstützen, wird der Wunsch nach Schuldenabbau, wie er in diesem Saal gestern allseits zu hören war, wohl zum reinen Lippenbekenntnis. Leider hat «Lothar» über den Jahreswechsel nicht nur den Wald durcheinander gebracht, nein, er hat auch die Meinungsbildung bei einigen Mitgliedern der Kommission Planung und Bau arg zerzaust, nicht so bei der SVP.

Ich bitte Sie namens der SVP-Fraktion, den Kürzungsantrag nicht zu unterstützen.

*Peter Oser (SP, Fischenthal):* Ich halte Ueli Kübler entgegen, dass das Dienstleistungszentrum aus der Reorganisation der Baudirektion im Jahre 1998 entstanden ist. Im Jahr 2000 wird es seine Aufbauphase abschliessen. Aus diesem Grund wird es auch die letzte Tranche seines Sollbestands an Personal bekommen. Man kann also nicht sagen, dass es sich hier um eine Aufstockung von nicht vorgesehenem Personal handelt.

Weiter ist festzuhalten, dass das DLZ in einer Zeit aufgebaut wurde, als schon massiv gespart wurde. Es ist kein Zentrum mit Tradition. Es wurde im Zeitalter der EFFORT-Massnahmen geplant. Wir konnten uns in der Kommission vergewissern, dass dieses Amt sehr gut geführt wird und sehr wichtige Querschnittsaufgaben für die Baudirektion erfüllt, vor allem in den Bereichen Bewilligungen, Umweltverträglichkeitsprüfungen, Personalwesen und EDV. Das DLZ ist auch der Kommission mit 250'000 Franken entgegengekommen. Bei dieser Kürzung bin ich überzeugt, dass sie weh tun wird.

Ich bitte Sie namens der Kommissionsmehrheit und der Finanzkommission, dem Antrag Ueli Kübler nicht zuzustimmen.

*Abstimmung*

**Der Minderheitsantrag Bruno Kuhn, Werner Bosshard, Theo Toggweiler, Markus J. Werner (FIKO), Konto 3030, Zentrale Dienstleistungen, Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung, wird dem Antrag der Finanzkommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt mit 94 : 66 Stimmen den Minderheitsantrag Kuhn ab.**

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

**II. Übersichten**

Keine Bemerkungen; genehmigt.

**III. Unselbstständige staatliche Unternehmungen**

*Konto 91, Beamtenversicherungskasse*

*Konto 9200, Arbeitslosenkasse des Kantons Zürich (Globalbudget)*

*Konto 93, Verkehrsverbund*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

**IV. Selbstständige staatliche Unternehmungen**

*Konto 9600, Universität (Globalbudget)*

*Konto 9700, Zürcher Fachhochschule (Globalbudget)*

*Ratspräsident Richard Hirt:* Bei diesen beiden Konti finden keine Änderungen statt. Das wären Folgeänderungen aus Minderheitsanträgen gewesen.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

*Ratspräsident Richard Hirt:* **Damit ist der Voranschlag für das Jahr 2000 durchberaten.**

Unter Berücksichtigung der vom Rat beschlossenen Änderungen ergeben sich im Voranschlag 2000 – er wird erst nach der Genehmigung des Steuerfusses, Traktandum 6, genehmigt – in der Laufenden Rechnung ein Aufwandüberschuss von 172'703'610 Franken und in

3186

der Investitionsrechnung Nettoinvestitionen von 732'785'400 Franken.

*Die Schlussabstimmung wird nach der Festsetzung des Steuerfusses für die Jahre 2000 bis 2002, Traktandum 6, durchgeführt.*

*Die Beratungen werden unterbrochen.*

## **6. Festsetzung des Steuerfusses für die Jahre 2000 bis 2002**

Antrag des Regierungsrates vom 15. September 1999 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 3. Februar 2000, **3727a**

*Ratspräsident Richard Hirt:* Die allgemeine Debatte haben wir zusammen mit dem Budget und dem KEF geführt. Somit müssen wir nur noch die eigentliche Vorlage beraten.

### *Detailberatung*

#### *Titel und Ingress*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

*I. Der Steuerfuss für die Jahre 2000 bis 2002 wird auf 105 % der einfachen Staatssteuer festgelegt.*

#### ***Minderheitsantrag Adrian Bucher, Martin Bäumle, Werner Scherrer und Markus J. Werner:***

*I. Der Steuerfuss für die Jahre 2000 bis 2002 wird auf 108 % der einfachen Staatssteuer festgelegt.*

#### ***Minderheitsantrag Werner Bosshard, Bruno Kuhn und Theo Toggweiler:***

*I. Der Steuerfuss für die Jahre 2000 bis 2002 wird auf 98 % der einfachen Staatssteuer festgelegt.*

*Susanne Bernasconi-Aeppli (FDP, Zürich), Präsidentin der Finanzkommission:* Ich vertrete den Antrag der Mehrheit der Finanzkommission auf Senkung des Steuerfusses um 3 Prozent. Ich halte mich kurz, da die Steuerfussdebatte bereits beim Eintreten geführt worden ist.

Die Budgetdiskussion hat lediglich eine grosse Änderung gebracht, nämlich die in Allianz von SP und SVP bewerkstelligte Budgetverschlechterung von 173 Mio. Franken, die zu einem Aufwandüberschuss in fast derselben Höhe führt. Ich spreche vom Flughafenerlös, wie Sie leicht erraten können, der für zusätzliche Abschreibungen zu verwenden ist, statt in die Laufende Rechnung zu fliessen. Faktisch ändert sich allerdings wenig. Wer glaubt, dieser Betrag werde nun für den Schuldenabbau bereitstehen, gibt sich einer Illusion hin, denn Schulden können wirklich nur aus einem Ertragsüberschuss in der Rechnung abgebaut werden. Ein Defizit muss erneut finanziert werden. Immerhin haben SVP und SP mit dem Aufwandüberschuss dem Regierungsrat die Begründung seiner vorsichtigen Finanzpolitik erleichtert. Ich halte fest, dass die Rechnungen der letzten Jahre jeweils deutlich über dem Budget abgeschlossen haben, nämlich mit 100 Mio. Franken im Jahr 1997, mit 457 Mio. Franken im Jahr 1998 und mit 400 Mio. Franken im Jahr 1999. Ich vermute, dass sich diese Tendenz fortsetzen könnte, möchte aber keinesfalls das ominöse Wort der Budgetungenauigkeit verwenden. Der Steuerzahler soll – im Zeitpunkt, da die Steuern reichlicher fliessen – ein positives Signal erhalten. Wir müssen die Weichen in die richtige Richtung stellen.

Ich bitte Sie daher, dem Antrag der Mehrheit der Finanzkommission zuzustimmen und den Steuerfuss für die Jahre 2000 bis 2002 auf 105 Prozent der einfachen Staatssteuer festzusetzen.

*Adrian Bucher (SP, Schleinikon):* Die Laufende Rechnung des Budgets schliesst mit einem Defizit von über 170 Mio. Franken ab, dies nach der vom Kantonsrat gutgeheissenen zusätzlichen Abschreibung von 173 Mio. Franken. Beachten Sie bitte, dass diese zusätzliche Abschreibung nicht heisst, dass dieses Geld dem Kanton verloren gegangen ist. Die zusätzliche Abschreibung verschlechtert zwar die Laufende Rechnung, verbessert aber die Selbstfinanzierung. Das bedeutet zweierlei: Die Laufende Rechnung zeigt nun die wahren Erträge. Dies ist für die Steuerfussfrage wichtig. Der Finanzierungsüberschuss in der Investitionsrechnung hilft uns, die Schulden abzubauen. Diese beiden positiven Effekte haben unsere Fraktion bewogen, gestern dieser zusätzlichen Abschreibung zuzustimmen.

Zum Steuerfuss selber: Die Festlegung des Steuerfusses betrifft die Jahre 2000 bis 2002. Ein Blick in die Zukunft ist deshalb unerlässlich. Die Laufende Rechnung präsentiert sich mit einem Defizit von gut

170 Mio. Franken. Für die Jahre 2001 und 2002 müssen wir den überarbeiteten KEF zu Hilfe nehmen. Die Finanzdirektion hat ihn überarbeitet. Für das Jahr 2001 sieht der KEF ein Defizit – bei 108 Steuerprozenten, also beim Status quo – von 112 Mio. Franken und für das Jahr 2002 von 78 Mio. Franken vor. Wenn wir Defizit 2000 plus Defizit 2001 plus Defizit 2002 gemäss Steuerfuss 108 Prozent zusammenzählen, kommen wir auf ein kumuliertes Defizit von 360 Mio. Franken. Das macht pro Jahr 120 Mio. Franken Defizit. Dies entspricht etwa 4 Steuerprozenten pro Jahr mehr. Wir müssten eigentlich, wenn wir seriös wären, alle 4 Steuerprocente mehr verlangen, also nicht einen Steuerfuss von 108 Prozent der einfachen Staatssteuer, sondern 112 Prozent.

Wenn unsere Fraktion trotzdem keine Erhöhung des Steuerfusses beantragen wird, tun wir dies deshalb, weil wir hoffen, die anziehende Konjunktur werde die Steuererträge doch etwas deutlicher verbessern als die «ultrakonservative» Schätzung der Finanzdirektion. Sollten die Steuererträge noch höher sein als diese mittleren Defizite von 120 Mio. Franken pro Jahr, könnte allenfalls das Eigenkapital erhöht werden.

Angesichts der Zahlen, die ich Ihnen vorgetragen habe, ist es für mich unverständlich, wie man draufkommen kann, den Steuerfuss jetzt zu senken. Mit viel Glück schaffen wir es dank einer guten Konjunktur, für die nächsten drei Jahre halbwegs ausgeglichene Laufende Rechnungen hinzukriegen. Hoffen wir, dass es so herauskommen wird. Dann könnte man in drei Jahren nochmals darüber diskutieren, ob tatsächlich eine Steuerfussenkung drinliegt. Meiner Ansicht nach liegt sie jetzt nicht drin.

Ich bitte Sie, bei 108 Prozent der einfachen Staatssteuer zu bleiben.

*Werner Bosshard (SVP, Rümlang):* In einer unheiligen Allianz haben gestern SVP und SP die einzig massgebliche Veränderung des vorgelegten Budgets fertig gebracht. Ich hoffe, es bleibe der SP erspart, für das Zusammengehen mit der SVP von der sozialistischen Internationale ähnlich gemassregelt zu werden, wie zurzeit Österreich von seinen «EU-Partnern» gemassregelt wird.

Würde die SVP «Wischiwaschi-Politik» machen, wie uns das Willy Spieler unterstellt hat, könnten wir uns jetzt zurücklehnen und dem Steuerfuss seinen Lauf lassen. Mit unserem Beschluss vom 7. Februar 2000 haben wir schon 5 Steuerprocente dem unmittelbaren Konsum

entzogen. Die teilweise Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer entspricht – nach Aussage der Regierung – nochmals 5 bis 7 Steuerprozenten. Der Mehrheitsantrag der Finanzkommission beinhaltet nochmals eine Steuersenkung von 3 Prozent. Wir haben also bei wohlwollender Betrachtung 15 Prozent Steuersenkung erzielt und sind auf gutem Weg, unser Legislaturziel von 20 Prozent zu erreichen. Wir haben auch noch dreieinhalb Jahre Zeit dafür.

Hätten wir die technischen Einrichtungen dazu, könnten wir einiges an Sitzungsgeld, Zeit und rhetorischem Aufwand einsparen, um den Staatssteuerfuss festzulegen. Nach dem Vorbild einer Blumenauktion würde sich da vorn eine grosse Uhr mit einem Zeiger befinden auf einer von 98 bis 108 reichenden Skala. Starten würde er bei 108 und sich dann zügig gegen 98 bewegen. Jeder und jede von uns hätte einen Knopf und könnte dann drücken, wenn er mit dem angezeigten Betrag einverstanden ist. Sobald mehr als die Hälfte der Knöpfe gedrückt ist, hält der Zeiger an, und das wäre dann der richtige Staatssteuerfuss. Er wäre so schneller festgelegt, als ich Ihnen dies erklären kann. Doch Parlament kommt von parlare, gleich reden, und die Auktionsmechanismen sind hier nicht anwendbar.

Deshalb stelle ich im Namen einer Minderheit der Finanzkommission und unterstützt von meiner Fraktion den Antrag, den Staatssteuerfuss auf 98 Prozent festzulegen.

Denjenigen, welche mir gleich sagen werden, das sei unverantwortlich, halte ich Folgendes entgegen: Ich gehe von einem Eigenkapital von ungefähr 400 Mio. Franken anfangs 1999 und einem Ertragsüberschuss von ebenfalls 400 Mio. Franken in der Rechnung 1999 aus. Wenn Sie meinen Antrag annehmen, verschlechtern Sie den Voranschlag 2000 um 7 Steuerprocente, was rund 247 Mio. Franken entspricht. Zusammen mit dem Verschlechterungsbeschluss von gestern über 173 Mio. Franken ergibt sich ein Aufwandüberschuss von 420 Mio. Franken, also etwa gleich viel wie der Ertragsüberschuss des Vorjahres. Der mittelfristige Haushaltsausgleich 1999/2000 ist also innerhalb der viel zitierten Budgetgenauigkeit geschafft.

Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

*Ratspräsident Richard Hirt:* Werner Bosshard, über diese Knöpfe haben wir schon einmal abgestimmt. Sie wurden aber mit zwei Stimmen zu wenig nicht bewilligt.



*Werner Scherrer (EVP, Uster):* Ich überlasse meine Überlegungen nicht dem Zufallsgenerator, sondern versuche nochmals, Klarheit in die Zahlen zu bringen. Ich gehe von einem Steuerfuss von 108 Prozent aus. Damit relativiert sich allenfalls die Zahl von der jetzt abgeschlossenen Beratung. Ich meine, wir hätten einen Aufwandüberschuss von 73 Mio. Franken bei gleichbleibendem Steuerfuss. Mit dem relativierten Budget 2000 wird die kurzfristige Finanzplanung ins rechte Verhältnis gerückt. Wenn man vom Finanzplan ausgeht – ich habe schon gestern darauf hingewiesen –, sind für dieses Jahr 73 Mio. Franken Fehlbetrag zu vermerken, nächstes Jahr sind es 112 Mio. Franken und im darauffolgenden Jahr 78 Mio. Franken, so komme ich auf die Summe von 260 Mio. Franken. Adrian Bucher mag mir verzeihen, wenn ich 100 Mio. Franken weniger Gesamtaufwandüberschuss oder Defizit habe, es ist aber trotzdem noch zu viel.

Wir kennen Paragraf 4 des Finanzhaushaltsgesetzes, der uns zum mittelfristigen Haushaltsausgleich verpflichtet. Wenn wir nun angesichts dieser Finanzlage dennoch den Steuerfuss reduzieren, verhalten wir uns gesetzeswidrig. Eine Steuerfussreduktion von 3 Prozent hätte zudem zur Folge, den wahrscheinlichen Überschuss der Rechnung 1999 gleich wieder zu verbrauchen, obwohl eine Stabilisierung des Eigenkapitals dringlich ist. Ich erinnere weiter an das seit längerem angestrebte Ziel, eine ausgeglichene Rechnung zu erreichen, was aber durch Steuergeschenke leichtfertig aufs Spiel gesetzt wird.

Diesem Ansinnen kann sich die EVP-Fraktion auch nach gewalteter Budgetdiskussion nicht anschliessen; erst recht nicht, wenn wir an die kalte bürgerliche Schulter denken, die uns gegenüber sozialpolitischen Anliegen gezeigt wurde. Wir beantragen Ihnen, auf die Steuerfussreduktionen von 10 oder 3 Prozent nicht einzutreten, sondern den Steuerfuss auf 108 Prozent zu belassen.

*Balz Hösly (FDP, Zürich):* Ich glaube nicht, dass für die FDP Blumenuhren auf der einen Seite oder das Erreichen des eigenen Legislaturziels andererseits massgebend sind für die Festsetzung des Steuerfusses, ebenso wenig wie das stillstehende Weltbild von Adrian Bucher oder der SP. Die Zeiten ändern sich. Die Konjunktur ändert sich. Dem hat sich dieser Rat zu unterziehen.

Die FDP hält an ihrem Antrag, den Steuerfuss um 3 Prozent zu senken, fest. Sie tut dies aus vier Gründen. Einer davon – man höre und

staune – ist derselbe wie derjenige der SP-Fraktion. Ich komme auf diesen am Schluss zurück.

Erstens darf festgestellt werden, dass die Rechnung 1999 mit einem Überschuss von 400 Mio. Franken abschliesst; 400 Mio. Franken, die dem Eigenkapital zufließen. Dieses vermehrt sich dann auf 0,8 Mrd. Franken. Jetzt darf man natürlich nicht wie Werner Bosshard mit dem Eigenkapital ein bisschen Schindluderei treiben. Wir haben gesagt, dass es für uns darum geht, das Eigenkapital nach der Rezession wieder aufzustocken, weil eine nächste bestimmt kommen wird, wenn auch nicht morgen. Wir haben immerhin einen Überschuss von 400 Mio. Franken im Jahr 1999.

Zweitens haben wir das Budget verschlechtert. Das stimmt. Wir haben das Budget verschlechtert, indem wir Geld, das wir gar noch nicht haben, in ein anderes Konto umgebucht haben. Es ist nur eine einmalige Verschlechterung des Budgets, weil es um die Einnahmen der Privatisierung des Flughafens geht. Diese einmalige Verschlechterung ist nicht eine dauernde Verschlechterung der Laufenden Rechnung.

Drittens – dies ist eigentlich unser Hauptgrund – haben wir immer gesagt, dass es bei uns eine Verbindung zwischen Schuldentrückzahlung und Steuersenkung gibt. Mit den 173 Mio. Franken, die jetzt aus dem Budget herausgenommen worden sind, haben wir im Budget – man könnte sagen – ein bewusstes Defizit von 172 Mio. Franken. Wenn wir die Steuern noch um 3 Prozent senken, ergibt dies rund 250 Mio. Franken Defizit. Wir stellen uns vor, dass dies im Jahr 2000 an Schulden auch wieder zurückgezahlt werden müsste. Warum können diese Schulden zurückgezahlt werden?

Das ist dasselbe Argument, wie es die SP hat. Wir glauben, dass die Konjunktur besser wird. Wenn die Konjunktur besser wird, wird erstens einmal das Steuereinkommen steigen. Es wird mehr steigen, als der Regierungsrat in seiner Vorsichtigkeit – um es gelinde auszudrücken, Finanzdirektor Christian Huber – annimmt. Weiter vertrauen wir auf die Professionalität des Regierungsrates und des Finanzdirektors, die entsprechenden Massnahmen in den Jahren 2000, 2001 und 2002 auch vorzunehmen, die wir Ihnen anlässlich der Eintretensdebatte vorgeschlagen haben und von denen wir glauben, dass sie auch sehr schnell budgetwirksam werden.

Mit anderen Worten: Die Welt scheint uns durchaus in Ordnung, auch wenn sie natürlich von links als schlecht und von rechts nur als recht angesehen wird.

Zum Schluss ein *Ordnungsantrag* an das Präsidium:

*Wir sind der Meinung, dass wie in allen anderen Abstimmungen der Antrag der Finanzkommission, das heisst der Steuerfuss von 105 Prozent, der Hauptantrag sein muss und dass die beiden Minderheitsanträge, nämlich Beibehaltung des Steuerfusses von 108 oder Senkung des Steuerfusses auf 98 Prozent, zuerst eventualiter gegeneinander abgewogen werden müssen.*

Ich stelle hiermit diesen Ordnungsantrag.

*Markus J. Werner (CVP, Niederglatt):* Balz Hösly, es ist grundsätzlich nichts dagegen einzuwenden, dass der Fraktionschef der FDP sich zu den Zahlen äussert. Es sollten dann aber die richtigen sein. Selbstverständlich ist in diesem Antrag beziehungsweise im Saldo, den der Präsident vorgängig erwähnt hat, bereits der Hauptantrag der Finanzkommission – die dreiprozentige Steuerreduktion – enthalten.

Die CVP-Fraktion hat sich nie in grosskotzigem Äussern von riesengrossen Visionen geübt, wie dieser Staatshaushalt mit einem Schlag wieder saniert werden könnte. Aber – dies ist im Communiqué vom Dezember 1999 nachzulesen –, wir haben die Marschrichtung eigentlich vorgegeben. Es ist schon einigermaßen erstaunlich, dass im Zeitpunkt, da die Kränze abgeholt werden, sich nun andere damit schmücken. Lesen Sie nach, was wir geschrieben haben. Wir haben gesagt, wir wollten einerseits das Geld, welches aus der Flughafenprivatisierung resultiert, in der Rechnung nicht so berücksichtigt wissen, dass quasi der laufende Verbrauch damit finanziert wird. Das wurde gemacht. Wir haben gesagt, das Personal solle die Lohnreduktion wieder zurückbekommen. Das wurde ebenfalls gemacht. Was nicht gemacht wurde – da stehen wir vor einer sehr schwierigen Entscheidung –, ist, dass man den Steuerfuss so belassen sollte, wie dies die Regierung beantragt hat. Die Ausgangslage ist sehr unsicher angesichts der sehr vagen Positionen auf der Aufwandseite, nämlich die Abschreibungssätze, die Übernahme der Arbeitgeberbeiträge bei der BVK, die nicht vollständig eingestellte Besoldungserhöhung, aber auch weitere sehr ins Gewicht fallende Positionen, welche im nächsten Jahr voll und ganz durchschlagen werden. Auf der Ertragsseite wissen wir, was uns ins Haus steht. Wir werden vollumfänglich dar-

unter zu leiden haben, dass die Erbschafts- und Schenkungssteuern grösstenteils abgeschafft wurde und dass die Gewinne, welche nun vorsorglich eingestellt worden sind, sei es der Mehrertrag bei der ZKB aber auch aus der Verselbstständigung des Flughafens, nicht mehr zur Verfügung stehen.

Wir haben von Anfang an gesagt, dass eine längerfristige Betrachtung nötig ist, weil wir den Steuerfuss seit 1988 bis jetzt trotz schwierigster konjunktureller Umstände immer auf dieser Höhe belassen haben und deshalb auch dazu beigetragen haben, ein gutes steuerliches Umfeld im Kanton Zürich zu belassen. Wenn wir nun sagen, wir würden diesen 108-prozentigen Staatssteuersatz weiterführen, dann geschieht dies einzig und allein deshalb, weil man nicht beim kleinsten Flämmchen, das aufzuscheinen beginnt, alles Geld wieder wegnehmen, sondern – wie dies übrigens auch von der Finanzkommission über Jahre immer wieder gepredigt wurde – zu einer eigentlichen Gesundung der Staatsfinanzen ansetzen sollte. Diese Situation haben wir leider bis dato noch nicht erreicht.

Wir unterstützen daher all jene guten Kräfte in diesem Rat, die ihre finanzpolitische Verantwortung auch weiterhin zu wahren gewillt sind, wie dies in früheren Jahren der Fall war. Eine kleine Klammerbemerkung: Es kam bis anhin noch selten vor, dass die Finanzkommission zu einer Übung, wie sie heute über die Bühne gebracht wird, Hand geboten hat und eine derart massive Verschlechterung der laufenden Rechnung verursacht hat. Klammer geschlossen.

Die CVP-Fraktion wird den Antrag der Regierung und der Minderheit der Finanzkommission auf Beibehaltung des bisherigen Staatssteuersatzes unterstützen.

*Martin Bäumle (Grüne, Dübendorf):* Ich beginne mit Susanne Bernasconi. Sie hat natürlich Recht: Nur mit Ertragsüberschüssen können wir Schuldenabbau betreiben. Gerade deshalb – unabhängig von irgendwelchen Zahlenspielereien, denn rechnen ist offensichtlich Glückssache – ist es ganz klar, dass eine Steuerfussenkung heute nicht drinliegt. Wir sind sowieso unter Null, die Frage ist nur um wieviel. Ein Schuldenabbau ist nur sehr bedingt möglich. Je höher eine Steuerfussenkung ausfällt je geringer ist die Möglichkeit der Schuldenrückzahlung. Das müssen Sie auf der anderen Seite zur Kenntnis nehmen.

Ich schliesse mich im Wesentlichen den Zahlen von Adrian Bucher zur Begründung an, warum inhaltlich eine Steuerfussenkung nicht in Frage kommt. Ich will nicht alles wiederholen. Es macht keinen Sinn. Die Argumente sind ausgetauscht.

Balz Hösly hat offensichtlich die Kurve für die FDP noch gefunden, wie sie trotz negativem Budget das Ganze gut verkaufen kann. Er redet plötzlich davon, dass die ganze Geschichte Flughafen eine einmalige Verbesserung sei. Eigentlich ist es eine einmalige Verschlechterung. Wir müssen davon ausgehen, dass wir nächstes Jahr die 173 Mio. Franken nicht mehr haben. Diese haben wir einmalig. Also müssen wir heute die Geschichte aussessen. Wir haben sie jetzt richtigerweise mit der SVP zusammen zurückgestellt. Deshalb haben wir einen Negativsaldo. Nächstes Jahr werden wir a priori einen Negativsaldo haben, ausser Sie verkaufen einen weiteren Flughafen. Sie haben aber wohl keinen mehr zu verkaufen. Vielleicht finden Sie irgendwo noch einen.

Die Freisinnigen hoffen weiter auf etwas, worauf wir alle hoffen können, nämlich darauf, dass die Konjunktur anzieht. Das ist aber keine Finanzpolitik, wenn wir statt nachhaltig zu sparen, einfach darauf hoffen, dass mehr Geld fliesst und wir trotzdem mehr ausgeben können. Aber genau dies wollen Sie eigentlich tun. Sie wollen nicht sparen, das haben Sie gezeigt. Auch die FDP sieht ein, dass nicht mehr möglich ist. Die Zitrone ist ausgepresst. Die SVP hat dies offensichtlich auch eingesehen. Alle Ihre Minderheitsanträge zusammengezählt hätten rund 40 Mio. Franken gebracht und nicht die rund 300 Mio. Franken, die Sie eigentlich brauchen würden, um eine zehnpromtente Steuerfussenkung beantragen zu können. Also auch Sie hoffen auf die Konjunktur, dass mehr Geld kommt, damit man trotzdem mehr Geld ausgeben kann. Das ist keine seriöse Finanzpolitik. Klammerbemerkung: Die Anträge von Theo Toggweiler hätten noch 40 Mio. Franken mehr gebracht, aber da haben Sie selber nicht mehr alle mitgemacht. Klammer geschlossen.

Zusammengefasst bleibt heute überhaupt kein Spielraum für eine Steuerfussenkung. Es ist aber denkbar, wenn es uns tatsächlich in den nächsten Jahren gelingen wird, den Staatshaushalt nachhaltig zu sanieren, die Steuererträge fließen und wir Schulden zurückzahlen könnten, indem wir Überschüsse laut Susanne Bernasconi produzieren, dass wir in drei Jahren einen Steuerfussenkungsantrag präsentieren könnten. Das müsste in Ihrem Interesse sein, weil Sie dann vor den Wahlen sagen könnten, Sie hätten die Steuern senken können. Sonst könnte es Ihnen passieren – insbesondere der SVP, wenn sie heute 10 Prozent durchbringen würde –, dass Sie kurz vor den Wahlen eine Erhöhung beantragen müssten. Dies wäre auch nicht unbe-

dingt in Ihrem Sinne. Das haben Sie selber auch gemerkt. Deshalb wird dann die Abstimmungsgeschichte irgendwie laufen.

Den Ordnungsantrag von Balz Hösly lehne ich ab. Ich bin der gleichen Meinung wie die Geschäftsleitung, die einstimmig beschlossen hat, diese drei Anträge als gleichwertige Anträge zu behandeln. Es ist nämlich etwas schwierig zu sagen, ob der Antrag des Regierungsrates, der uns das Budget beantragt und damit eine Verantwortung hat, der Hauptantrag ist, oder ob es der Mehrheitsantrag der Finanzkommission ist, der eine dreiprozentige Steuersenkung will. Was sicher kein Hauptantrag sein kann, ist der Antrag der SVP mit 10 Prozent Senkung. Wenn man aber fair sein will, macht man es, wie die Geschäftsleitung vorschlagen wird, dass man die drei Anträge gleichwertig behandelt und diese untereinander ausmehrt.

*Bernhard Egg (SP, Elgg):* Die SVP predigt uns immer wieder etwas, das an sich ein Paradox ist. Sie predigt uns – gestern beispielsweise Rudolf Ackeret wieder –, man müsse nur den Steuerfuss senken, dann würden keine Steuerausfälle entstehen, sondern die Steuereinnahmen würden nur so sprudeln, die Unternehmen würden innovativ und die Volkswirtschaft werde wieder laufen. Sie tut so, als ob dies quasi ein ehernes Gesetz wäre, von Moses vom Berg getragen. Das ist natürlich nicht so. Es ist eine Behauptung, die von verschiedenen Faktoren abhängt. Den Zusammenhang zwischen Steuersatz und den Einnahmen des Fiskus hat ein amerikanischer Ökonom namens Arthur Laffer in den 70er-Jahren verdienstvoll beschrieben. Er hat die nach ihm benannte Lafferkurve kreiert. Sie sieht aus wie die Kurve, die die aufgehende Sonne am Horizont beschreibt, bis sie untergeht. Die Kurve besagt, dass bei Steigerung der Steuersätze ein Punkt kommt, ab dem die Einnahmen sinken, weil der Anreiz zu arbeiten und wirtschaftlich tätig zu sein, entfällt. So sieht es offenbar die SVP bei ihren Forderungen. Die Legende besagt – Sie können sie im Internet nachlesen –, Laffer habe diese Kurve erstmals auf eine Serviette gemalt. Wahrscheinlich liegt diese Serviette auch im Albisgüetli und in Ihrem Fraktionslokal auf. Um die Behauptung der SVP zu verifizieren, müsste man natürlich wissen, auf welchem Punkt oben auf dieser Kurve man sich gegenwärtig befindet. Das wissen wir nicht. Erfassen liesse es sich nur empirisch. Man müsste es quasi in unverantwortlicher Weise ausprobieren. Dazu bieten wir keinesfalls Hand. Es spricht einiges dafür, dass bei verhältnismässig niedriger Steuerquote – diese haben wir

in der Schweiz, auch wenn Sie es nicht gerne hören – Steuerausfälle, die durch Senkung des Steuersatzes entstehen, sich eben nicht refinanzieren. Der Kanton Zürich hat es geschafft, mit 108 Prozent Steuerfuss einen mehr oder weniger ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Nun hungern wir den Staat nicht gleich wieder aus. Der Steuerbesen sind mit der Abschaffung der Erbschaftssteuern für direkte Nachkommen genug.

Adrian Bucher und gestern auch Ihr Regierungsrat Christian Huber – unser Regierungsrat Christian Huber kann man ja sagen – haben Ihnen erklärt, warum die Steuern nicht gesenkt werden sollen. Damit sind wir bei einem weiteren Paradox. Sie haben uns meines Erachtens noch nicht sehr überzeugend dargelegt, warum Sie ständig solche Anträge gegen Ihre eigenen Vertreter im Regierungsrat stellen.

*Daniel Vischer (Grüne, Zürich):* Balz Hösly ist – wenn ich mich erinnere – Mitglied der Geschäftsleitung. In der Geschäftsleitung gab es eine Diskussion über das heutige Vorgehen bei der Schlussabstimmung. Es ist mir nicht bekannt, dass Balz Hösly anlässlich dieser langen Auseinandersetzung einen Antrag auf ein anderes Abstimmungsverfahren als jenes, das uns heute der Präsident vorschlagen wird, gestellt hat. Offenbar hat Balz Hösly Angst. Die SVP ist noch so dumm und läuft ihm nach. Sie wollten eigentlich wissen, meine Damen und Herren von der SVP, was denn eigentlich die freisinnige Fraktion macht, wenn es darauf ankommt. Offenbar wollen Sie dies nicht mehr wissen und wollen eigentlich Ihren Antrag auf eine 10-prozentige Steuerfussreduktion gar nicht ernsthaft aufrecht erhalten, sonst könnten Sie nämlich dem Vorgehen von Balz Hösly gar nicht zustimmen, weil durch dieses Vorgehen der 10-prozentige Antrag von Anfang an ohne Chancen ist. Das ist Ihr wahres Gesicht, Anträge zu stellen, die Sie selbstgewählt Ihrem eigenen Abstimmungsverfahren opfern. Vielleicht wäre Christoph Blocher mutiger.

*Hans-Peter Züblin (SVP, Weiningen):* Regierungsrat Christian Huber hat am Montag bemerkt: «Eine Steuersenkung ist vielleicht für die Wirtschaft ein Signal. Die Wirtschaft aber braucht dieses Signal nicht, denn die Wirtschaft läuft auf Hochtouren.» Hier ist zu bemerken, dass es je nach Branche besser oder schlechter läuft. Tatsache ist aber, dass wir auch ein Standortmarketing in diesem Kanton betreiben und es bei Neuakquisitionen von Firmen – sprich auch von neuen Steuerzah-



lern – eben auf die Höhe des Steuerfusses ankommt. Wir brauchen also dieses Zeichen.

Martin Bäumle, der Regierungsrat hat vor der Abstimmung über die Erbschaftssteuer verlauten lassen, dass bei einer Annahme der Erbschaftssteuerabschaffung der ordentliche Steuerfuss zirka sieben bis 10 Prozent angehoben werden muss. Ich weiss also nicht, was ich glauben soll, ob nicht auch der Regierungsrat heute eine Steuersenkung beantragen müsste.

Willy Spieler sagt, dass die Wirtschaft eine Steuersenkung verlangt. Welche Wirtschaft, fragt er, vielleicht jene Vertreter, die von Wirtschaft nichts verstehen. Willy Spieler, es waren alle Wirtschaftsverbände. Ich glaube doch, dass der eine oder andere Verband etwas von Wirtschaft versteht.

Es freut mich, dass auch die FDP nun für eine Steuersenkung eintritt und so auch für die Wirtschaft. Martin Vollenwyder sagte, dass wir eine vernünftige Finanzpolitik brauchen und dies wäre die Finanzpolitik der FDP. Zu Ersterem kann ich mich Martin Vollenwyder voll anschliessen. Beim zweiten Abschnitt mache ich ein Fragezeichen, sah doch Ihre Finanzpolitik im Dezember 1999 noch keine Steuersenkung vor. Auch Balz Hösly hat seit dem Dezember 1999 einiges gelernt, sagt er doch, die diversen Gespräche mit der Wirtschaft hätten gezeigt, dass die Wirtschaft eine Steuersenkung fordere und die FDP trete deshalb für die Wirtschaft und die Steuersenkung ein. Balz Hösly, Tatsache ist, nicht Sie haben mit der Wirtschaft gesprochen, sondern die Wirtschaft hat mit Ihnen gesprochen. Auf Einladung des kantonalen Gewerbeverbands haben sich im Dezember 1999 die führenden Wirtschaftsorganisationen mit Vertretern der FDP und der SVP, also jenen Parteien, die in diesem Rat die absolute Mehrheit bilden, an den Tisch gesetzt. Dabei kam ganz klar heraus, dass unsere Wirtschaft eine Steuersenkung von uns erwartet. Auch hat die Gewerbegruppe im Dezember 1999 einen Eventualantrag zur Steuersenkung von 3 Prozent vorbereitet. Dann wurde das Budget zurückgezogen. Diese 3 Prozent liegen heute vor.

Ich bitte Sie daher im Namen der Wirtschaft und auch des grössten Arbeitgeberverbands des Kantons Zürich mit 21'000 Mitgliedern, einer Steuersenkung zuzustimmen.

*Klara Reber (FDP, Winterthur):* Nicht nur die Wirtschaft möchte eine Steuersenkung, sondern auch die Konsumenten. Es gibt eine neue

Studie, die aufzeigt, dass die Schweizer Konsumenten in den letzten Jahren immer mehr mit Steuern belastet wurden. Ich kann mich noch gut daran erinnern, als die Mehrwertsteuer eingeführt werden sollte, wurde im Vorfeld der Volksabstimmung argumentiert, man könne dann als Gegenzug die direkten Steuern senken. Bis heute habe ich davon überhaupt nichts gemerkt. In Bezug auf die Mehrwertsteuer, steht wieder eine massive Erhöhung im Zusammenhang mit der elften AHV-Revision zur Diskussion.

Ich bitte Sie deshalb, ein Zeichen zu setzen und zu zeigen, dass es ernst gilt, die direkten Steuern zu senken und diesem bescheidenen Betrag von 3 Prozent zuzustimmen.

*Peter Reinhard (EVP, Kloten):* Ich muss Ihnen gestehen, auch ich hätte gerne eine kleinere Steuerrechnung und möchte eine Steuerreduktion für mich in Anspruch nehmen. Wir haben tatsächlich solche Reduktionen erhalten. In den vergangenen Jahren ist der Steuerfuss von 121 auf 108 Prozent reduziert worden. Ich gebe zu, dass dies in einer langfristigen Perspektive geschehen ist. Zusätzlich ist es so, dass die Gemeinden mit den Steuern runter gegangen sind. Auch dort haben wir weniger Steuern entgegennehmen dürfen beziehungsweise unsere Steuerbelastung hat sich gesenkt. Eine bürgerliche Mehrheit hat hier im Kanton einen Verlustladen hergestellt; einen Laden, der Schulden aufgebaut hat und der uns Millionen Franken an Zinsen kostet. Sie können noch lange sagen, dass die lieben Netten und Linken schuld daran sind. Wenn Sie Mehrheiten haben, dann nutzen Sie sie gefälligst. Wenn Sie sie nicht sauber nutzen, seien Sie mindestens so konsequent, dass Sie sich selber die Schuld zuschieben und nicht irgendwo anders hinverteilen. Der Schuldenabbau ist von der freisinnigen Partei, aber auch von der SVP über Jahre hinweg immer wieder als prioritäres Ziel bezeichnet worden. Wenn Sie dies aus Populismus jetzt einfach über den Haufen werfen und sagen, jetzt möchten wir dem Wähler zuliebe ein bisschen mit den Steuern runtergehen, muss ich Ihnen sagen, diese 3 Steuerprocente merkt der Durchschnittsbürger gar nicht. Diese merken Sie höchstens bei hohen Einkommen. Wenn Sie andererseits sozialen Anliegen wie zum Beispiel die Krankenkassenprämienverbilligungen mit keinem Deut entgegenkommen, obwohl der Bund klare Signale setzt, kommen Sie auch Ihrem gesellschaftlichen Auftrag nicht nach. Es kann nicht sein, dass wir hier nur

Wirtschaftspolitik machen. Wir machen hier auch Gesellschaftspolitik. Dazu gehört nicht nur Kapital, sondern auch der Mensch.

Wenn wir schon eine Steuerfussreduktion machen und Sie dies mit den Mehrheiten durchsetzen, möchte ich vom Regierungsrat heute schon wissen – Sie bekommen den Vorstoss ganz sicher auf den Tisch, darum machen Sie heute schon Datensammlungen –, wieviele Firmen wegen dieser Steuerfussreduktion von Zug, St. Gallen oder anderswo hierher kommen und sagen, Zürich ist mit der dreiprozentigen Steuerfussenkung attraktiver geworden. Das möchte ich sehen. Sie behaupten dies immer wieder.

Zum Abstimmungsprozedere: Ich bin der Meinung, der Hauptantrag ist derjenige des Regierungsrates. Deshalb stelle ich den *Ordnungsantrag*,

*dass dies der Hauptantrag ist. Es werden 98 und 105 Prozent als Unteranträge gegenübergestellt.*

*Ordnungsantrag*

*Hansjörg Schmid (SVP, Dinhard):* Ich beantrage Ihnen,  
*die Rednerliste zu schliessen.*

Es kommen keine neuen Argumente mehr auf den Tisch.

*Ratspräsident Richard Hirt:* Auf diesen Antrag habe ich eigentlich gewartet. (*Heiterkeit*).

*Abstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit deutlich sichtbarer Mehrheit, die Rednerliste zu schliessen.**

*Lucius Dürr (CVP, Zürich):* Lieber Hans-Peter Züblin, aus Ihren Worten könnte man den Umkehrschluss ziehen, all diejenigen, die den Steuerfuss beibehalten wollten, seien gegen die Wirtschaft. Ich kann Ihnen versichern, dass die grosse Mehrheit meiner Fraktion selber aktiv in der Wirtschaft ist, der Sprechende insbesondere seit Jahrzehnten. So einfach ist die Geschichte nicht. Entscheidend ist, dass man die Rahmenbedingungen insgesamt so macht, dass es der Wirtschaft gut geht. Unser Leistungsausweis lässt sich sehen, sonst bin ich gerne bereit, die Litanei aufzusagen. Im Übrigen habe ich meine Gewerbler im Kanton Zürich auch gefragt. Sie haben klar gesagt, dass ein Gewerbler, der Schulden hat, zuerst die Schulden tilgt. Wenn er

dann noch Geld hat, investiert er. Am Schluss gönnt er sich selber etwas. Diese Regel gilt auch für uns. Als ich in meinem Verband im November 1999 Rücklagen dazu verwenden wollte, die Verbandsbeiträge – man könnte auch sagen Verbandssteuern – zu senken, hat man mich zurückgepiffen und gesagt, mein Lieber, das Geld, das wir haben, behalten wir für gute Investitionen wie Bildungsprojekte und so weiter. Sei nicht übermütig. Wir senken die Beiträge dann etwas später.

Wenn wir der Meinung sind, dass es uns wirklich viel besser geht, können wir unsere Motion überweisen, die verlangt, den Steuerfuss alle zwei Jahre festzulegen. Wir wären sogar bereit, dies jährlich zu tun, weil die Wirtschaftslage doch sehr volatil ist und daher die Schwankungen rascher kommen.

Wir stehen voll für die Wirtschaft ein und sind die Ersten, die Steuer-senkungen aktiv unterstützen. Dieses Jahr mit einem weiteren Loch ist das nicht zu verantworten.

Wir bitten Sie deshalb, am Steuerfuss für einmal unverändert festzuhalten und bei nächster Gelegenheit, wenn wir wirklich mit gutem Gewissen senken können, dies herzlich zu tun.

*Liselotte Illi (SP, Bassersdorf):* Es ist jetzt von verschiedenen Seiten gesagt worden, dass wir mit Ertragsüberschüssen Schulden abbauen können. Nehmen Sie doch zum Schluss der Budgetdebatte wieder einmal zur Kenntnis, dass wir im Kanton Zürich ein zweistufiges Rechnungsmodell haben, das heisst neben der Laufenden Rechnung für den Konsum gibt es auch eine Investitionsrechnung. Das blenden die freisinnigen Finanzpolitiker immer wieder aus, wenn sie einzig darauf hinzielen, dass wir schwarze Zahlen in der Laufenden Rechnung haben. Die schwarzen Zahlen in der Laufenden Rechnung erhöhen zwar das Eigenkapital, Defizite vermindern es entsprechend. Das Eigenkapital ist nur eine buchhalterische Restgrösse; finanzpolitisch nicht sehr relevant. Es ist vielleicht wichtig für die Psychohygiene der Freisinnigen. In diesem Sinn, Balz Hösly, haben wir das Budget nicht verschlechtert. Wir haben einzig den Saldo der Laufenden Rechnung verschlechtert, aber nicht das Budget. Die finanzpolitisch entscheidende Grösse ist wegen des zweistufigen Rechnungsmodells die Selbstfinanzierung der Nettoinvestitionen, die sich durch den gestrigen Budgetentscheid mit den zusätzlichen Abschreibungen natürlich nicht verschlechtert. Die Selbstfinanzierung setzt sich zusammen aus

Abschreibungen und Ertragsüberschuss. Finanzpolitisch müssen wir dahinzielen, die Selbstfinanzierung 100 Prozent oder sogar höher zu erreichen, damit wir uns nicht mehr neu verschulden, oder Schulden zurückzahlen können.

Wenn wir den KEF anschauen, ist der Selbstfinanzierungsgrad natürlich mittelfristig nicht so gross, dass wir uns heute eine Steuersenkung leisten können, auch wenn es mit all diesen Budgetänderungen jetzt etwas schwierig ist, die genauen Zahlen des Selbstfinanzierungsgrads des KEF zu extrapolieren.

Zu den Steuersenkungsanträgen: Es ist schon gesagt worden, dass dies für die mittleren und tiefen Einkommen wenig ausmacht. Es profitieren nur die Reichen. Wenn wir die Steuern um 3 Prozent senken, macht dies für ein Einkommen von 50'000 Franken vielleicht 75 Franken pro Jahr aus. Bei 120'000 Franken Einkommen sparen Sie 250 Franken. Bei 250'000 Franken Einkommen ist die Steuerersparnis um die 700 Franken. Sie sehen also, der Mittelstand profitiert nicht viel von solchen Steuersenkungen. Die verweigerten Krankenkassenprämienverbilligungen schaden dem Mittelstand viel mehr.

Wir können deshalb die blauäugige Politik der FDP nicht mitmachen und die «Milchbüchleinrechnung», wie sie von Seiten der SVP vorgebracht worden ist, schon gar nicht.

*Balz Hösly (FDP, Zürich):* Es ist mir ein Lapsus unterlaufen. Ich bitte Sie, mir für einmal meine etwas saloppe Art zu verzeihen. Es ist selbstverständlich nicht so, dass wir ein Defizit von 250 Mio. Franken haben. Wir haben ein Defizit von 172 Mio. Franken. Die saloppe Art war, dass ich die 172 mit 90 Mio. Franken zusammengerechnet habe und gesagt habe, dies gäbe so ungefähr 250 Mio. Franken Verschlechterung. Selbstverständlich ist das Defizit 172 Mio. Franken. Die FDP hält aber nach wie vor daran fest, dass 250 Mio. Franken im Bereich des Möglichen liegen, erwirtschaftet zu werden.

*Ratspräsident Richard Hirt:* Letzter Redner auf der Liste ist Lukas Briner.

*Lukas Briner (FDP, Uster):* Den letzten beißen hoffentlich nicht die Hunde. Ich gestatte mir nicht etwa ein Schlusswort zu dieser Debatte, sondern ein Wort zu zwei Voten, die gefallen sind, zu Peter Reinhard

und Hans-Peter Züblin. Die verbalen Streicheleinheiten von Liselotte Illi lasse ich aus Zeitgründen beiseite.

Peter Reinhard, 3 Prozent machen nichts aus für den Standort. Es geht nicht direkt nur um den Effekt, genauso wie es damals bei der debattierten Steuererhöhung war, es geht um das Signal. Wenn man in schlechten Zeiten die Steuern erhöht, setzt man das Signal: Wenn sie nicht mehr weiterwissen, erhöhen sie die Steuern. Jetzt müssen wir zeigen, dass wir bereit sind, die Steuern zu senken, wenn wir Luft haben, auch wenn es mit einem geringen Schritt relativ wenig ausmacht. Dass es aber die hohen Einkommen trifft, dieser Effekt ist erwünscht, denn die Progression trifft auch die hohen Einkommen. Genau diese müssen wir hier halten. Sie sind es, die beim Steuerertrag einschenken. Wir haben es bei der Steuergesetzrevision beim Tarif nicht geschafft. Es ist aber richtig, auf diese Art und Weise zu zeigen, dass wir an guten Steuerzahlern interessiert sind.

Zu Hans-Peter Züblin: Ich kann jedes Wort unterstreichen und unterstütze ihn, bei dem, was er gesagt hat. Ich gestatte mir aber, noch zwei Sätze hinzuzufügen, die er hoffentlich – mindestens innerlich – auch unterstreicht, auch wenn er nichts mehr sagen darf. Ich war an dem Gespräch, da die Wirtschaft mit der Politik gesprochen hat, auch dabei. Ich habe beide Seiten vertreten. Ich habe also mit mir selber gesprochen. Es ist natürlich so, dass die Mehrheit der Wirtschaftsverbände – mein Nachbar zur Rechten, Thomas Isler und ich erlauben uns, zwei potente Verbände zu vertreten – sich mit einer Steuersenkung einverstanden erklären konnten und positiv eingestellt waren, als sie erfahren haben, dass die Zahlen wesentlich besser aussehen, als sie ursprünglich der Meinung waren. Darum tritt auch ein wesentlicher Teil der Verbände für eine Steuersenkung ein, aber für eine von 3 Prozent und nicht für eine von 10 Prozent. Es ist auch nicht so, dass eine Mehrheit der Wirtschaft es richtig finden würde, die Steuern zu senken, wenn daraus nachhaltige Defizite entstehen. Das nennt man Defizitpending. Das ist eine Theorie, die sich in der Praxis nicht bewährt. Es wäre also falsch, die Wirtschaft in jenem Sinne zu zitieren. Das hat Hans-Peter Züblin aber nicht gemacht. Das unterstelle ich ihm nicht. Ich will nur präzisieren, dass die Wirtschaft Steuersenkungen fordert, auch dann, wenn sie dadurch eine Verschlechterung der Finanzlage des Kantons in Kauf nehmen muss. Gäbe es einen solchen Wirtschaftsverband, hätten Sie mit diesem Verband den falschen Finger verbunden.

Der wichtige Verband heute Abend ist aber der Kantonsrat des Standes Zürich. Stimmen Sie einer massvollen Steuersenkung von 3 Prozent zu.

*Regierungsrat Christian Huber:* Ich führe im Gegensatz zu meinem Vorredner keine Selbstgespräche, sondern vertrete den Standpunkt der Regierung. Dafür verdiente ich eigentlich Schmerzensgeld, nicht weil ich diesen Standpunkt zu vertreten habe, sondern weil mir dies von SP-Seite die Bezeichnung «unser» Regierungsrat eingetragen hat. *(Heiterkeit).*

Ich habe Ihnen – dies will ich nicht wiederholen – zu Beginn der gesamten Budgetdebatte gestern Vormittag – es scheint schon unendlich lange her zu sein – die Chancen und Risiken aufgezeigt, die in diesem Haushalt eingebaut sind. Die Stichworte sind Wirtschaftswachstum, Steuerertrag und Zinsen. Zum Steuerertrag will ich nur soviel sagen: Eigentlich sollten sich die Wünsche nach dem Steuerertrag richten und nicht der Steuerertrag nach den Wünschen.

Was das Wirtschaftswachstum betrifft, so hat mich Hans-Peter Züblin richtig zitiert, dass ich gesagt habe, die Wirtschaft laufe auf Hochtouren. Wir haben zum Teil auf dem Arbeitsmarkt Knappheit. Ich habe aber auch gesagt, ein Steuerfuss könne Signalwirkung haben für die Erhaltung und die Gewinnung guter Steuerzahler. Diesen zweiten Teil bitte ich Sie, nicht auszulassen.

Ich habe von den Chancen und Risiken gesprochen. Wenn wir davon ausgehen, dass zu den Chancen auch Risiken gehören, so mache ich Sie darauf aufmerksam, dass Sie die Risiken, die eintreten können, irgendwie aufzufangen haben. Wenn Sie sie durch Sparmassnahmen auffangen, so gibt es zwei Möglichkeiten. Bei den kleinen Massnahmen sind wir laufend an der Arbeit. Ich habe dies ebenfalls zu Beginn dieser Debatte aufgezeigt. Ich habe in dieser Debatte immer auf die grossen Würfe gewartet. Sie sind nicht gekommen. Wer nennt sie und wie sind sie politisch realisierbar, wenn es dann soweit wäre? Die Nagelprobe wird wahrscheinlich kommen.

Es geht im Grunde genommen nur um eine Prioritätensetzung. Ich habe Ihnen gesagt, der Regierungsrat setze seine Prioritäten so, dass er – dies ist unbestritten geblieben – zuerst einmal die lineare Lohnreduktion rückgängig macht und zweitens, dass er einen mittelfristig ausgeglichenen Haushalt anstrebt. Von meinem lieben Parteikollegen Werner Bosshard habe ich heute eine neue Definition des Begriffs



«mittelfristig» gehört: Das ist, wenn der Kantonsrat die Mittel frisst. (*Heiterkeit*). In dritter Priorität will der Regierungsrat das Eigenkapital aufstocken und die Verschuldung abbauen und in vierter Priorität, wenn es dann noch drinliegt, eine Steuersenkung beantragen. Nun ist es Ihnen selbstverständlich freigestellt, die Prioritäten anders zu setzen. Niemand hindert Sie daran. Wir werden uns am Ende dieser Steuerfussperiode entweder beglückwünschen oder gegenseitig in Schuldzuweisung üben. Ich hoffe, es werde zu einem Beglückwünschen kommen.

Ich bitte Sie, sich die Prioritätensetzung des Regierungsrates vor Augen zu halten, wenn Sie zur Abstimmung schreiten.

*Ratspräsident Richard Hirt:* Nun bereinigen wir das Abstimmungsprozedere. Ich habe zwei Systeme. Die Geschäftsleitung schlägt Ihnen das Cupsystem vor. Dies würde bedeuten, dass im ersten Umgang alle drei Anträge bei geschlossener Tür Stimmen erhalten. Im nächsten Wahlgang werden die beiden Anträge mit der kleinsten Stimmenzahl einander gegenübergestellt. Der verbleibende Antrag wird dem Antrag, der beim ersten Mal die Mehrheit der Stimmen hatte, gegenübergestellt. Das wäre meiner Ansicht nach das offenste Verfahren.

Wenn Sie das andere Verfahren wählen, nämlich zuerst das Ausmehren der Mehr- und Minderheiten, ist heute nicht mehr klar, welches Mehr- und Minderheitsanträge der Regierung sind. Die Finanzkommission hat einen Mehrheitsantrag von 105 Prozent gestellt. Wenn überhaupt, ist dies meiner Ansicht nach der Mehrheitsantrag. Der Antrag von Peter Reinhard für 108 Prozent ist kein Mehrheitsantrag. Sie können darüber abstimmen. Er hat einen Ordnungsantrag gestellt.

*Abstimmung zum Ordnungsantrag*

**Der Kantonsrat lehnt den Ordnungsantrag von Peter Reinhard mit deutlich sichtbarer Mehrheit ab.**

*Abstimmung zum Abstimmungsprozedere*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 94 : 74 Stimmen, die drei Anträge auszumehren. Zuerst werden die Minderheitsanträge einander gegenübergestellt.**

*Abstimmung*

**Der Minderheitsantrag Adrian Bucher, Martin Bäumle, Werner Scherrer und Markus J. Werner wird dem Minderheitsantrag Werner Bosshard, Bruno Kuhn und Theo Toggweiler gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt mit 75 : 60 Stimmen dem Minderheitsantrag Bucher zu.**

*Abstimmung*

**Der Minderheitsantrag Adrian Bucher, Martin Bäumle, Werner Scherrer und Markus J. Werner wird dem Antrag der Finanzkommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt mit 94 : 74 Stimmen dem Antrag der Finanzkommission zu.**

*II. und III.*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

*Schlussabstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 94 : 73 Stimmen, der bereinigten Vorlage 3727a zuzustimmen:**

- I. Der Steuerfuss für die Jahre 2000 bis 2002 wird auf 105 % der einfachen Staatssteuer festgelegt.
- II. Veröffentlichung in der Gesetzessammlung
- III. Mitteilung an den Regierungsrat zum Vollzug.

Das Geschäft ist erledigt.

**5. Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 2000**

Antrag des Regierungsrates vom 15. September 1999 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 3. Februar 2000, Fortsetzung der Beratungen, **3726b**

*Fortsetzung der Beratungen*

*Ratspräsident Richard Hirt:* Zum Budget gibt es in der Regel noch eine «Elefantenrunde», in der die Fraktionschefs ihre Voten abgeben können.

*Martin Bäumle (Grüne, Dübendorf):* Ich eröffne diesen Reigen. Vielleicht wird er nicht ergänzt.

Der Voranschlag aus Grüner Sicht: Thema Umwelt, Naturschutz, Sie haben gekürzt – gegen unseren Willen. Öffentlicher Verkehr, Sie haben gekürzt – gegen unseren Willen. Solarenergie, Sie haben nicht aufgestockt – gegen unseren Willen. Bildungsoffensive, Sie haben gegen unseren Willen nicht bereitwillig mehr Geld gegeben. Bei den Prämienverbilligungen waren Sie gegen den Antrag der Grünen. Sie waren nie bereit, die Sparziele der Grünen im Bereich Strassenbau und Militär zu unterstützen.

Ergo, wenn ich das Resultat im Budget anschau, kann dies nicht unser Voranschlag sein mit unseren Prioritäten. Letzter Beschluss Steuerfuss: Sie haben für 3 Prozent entschieden, nicht das, was wir Ihnen vorgeschlagen haben. Mit anderen Worten die Konsequenz ist für uns klar, wir lehnen diesen Voranschlag ab, weil er nicht unseren Zielen und Prioritäten entspricht.

*Ernst Schibli (SVP, Otelfingen):* Obwohl die Budgetberatung für das Jahr 2000 verschoben worden ist und zu einem ungewohnten Zeitpunkt stattfindet, sind trotz längerer Beratungs- und Bedenkzeit in den Fraktionen die grossen Würfe aus den Fraktionen ausgeblieben. Ernüchternd und enttäuschend muss festgestellt werden, dass die grosse Mehrheit dieses Parlaments nicht sparen will, also die desolaten Finanzen des Kantons Zürich nicht in Ordnung bringen und die Ausgaben nicht reduzieren will.

Von der linken Ratsseite sind wir uns gewohnt, dass sie die Schuldenwirtschaft noch weiter beschleunigen will. Nicht einmal der Bankrott könnte die linke Seite zu einer Änderung dieser Haltung bewegen. Dass nun aber auch die FDP die Staatsfinanzen weiter in den Abgrund schlittern lassen will, erstaunt uns doch einigermaßen. Anscheinend steht die Kraft nur gerade noch für wohlklingende Worte. Taten scheinen zum Fremdwort verkommen zu sein. Die Zeche für diese uneinsichtige Haltung betreffend die Sanierung der Staatsfinanzen zahlt schliesslich die Bevölkerung.

Das vorliegende Budget vermag die SVP-Fraktion nicht zu befriedigen. Unsere Sparanträge zur Reduktion des Aufwands sind abgelehnt worden. Die von uns geforderte Steuerfussreduktion ist nur teilweise gutgeheissen worden. Wir werden somit über eine Volksinitiative der Reduzierung des Staatssteuerfusses durch die Verankerung in der Verfassung Nachachtung verschaffen.

Die Sanierung der Finanzen des Standes Zürich zum Wohl der Bevölkerung und der Wirtschaft, zur Verbesserung der Wettbewerbs- und Konkurrenzfähigkeit wird auch in den kommenden Wochen, Monaten und Jahren bei der SVP eine prioritäre Stellung einnehmen. Auch wenn die staatlichen Aufgaben nicht vollumfänglich nach privatwirtschaftlichen Kriterien erfüllt werden können, so ist eine Ausrichtung nach marktwirtschaftlichen Leitlinien ein Gebot der Vernunft und der Zukunft.

Die SVP-Fraktion kann aufgrund des Resultats der heutigen Budgetberatungen diesem Budget nicht zustimmen. Wir werden das Budget 2000 ablehnen.

*Willy Spieler (SP, Küssnacht):* Der Voranschlag 2000 schliesst mit einem Defizit von 173 Mio. Franken. Das ist die Budgetwahrheit, die nicht zuletzt dem Abschreibungsbeschluss für den Buchgewinn aus dem Flughafen zuzuschreiben ist. Das nicht mehr beschönigte und nicht mehr zu beschönigende Budget beweist, dass die beschlossene Senkung des Steuerfusses um 3 Prozent nicht zu verantworten ist. Die Wirtschaft braucht Signale. Das ist richtig. Die Wirtschaft braucht vor allem die Zuversicht, dass der Staat bis zur nächsten Rezession seine Schulden abgebaut hat. Was Sie hier beschlossen haben, entspricht daher nicht so sehr ökonomischer Vernunft, sondern mehr kurzfristigen Interessen. Schade, dass eine Partei, die sich als Wirtschaftspartei versteht, so wenig bereit ist, wirtschaftlich – das heisst immer auch

nachhaltig – zu denken. Schade, dass eine andere Partei, die vorgibt, gewerbliche Interessen zu vertreten, sich einem Turbokapitalismus verschrieben hat, der das soziale Gefüge zerstört, von dem ausgerechnet die Basis dieser Partei lebt und profitiert.

Die SP lässt nicht zu, dass diese Umverteilung von unten nach oben die eh schon in unserer Gesellschaft im Gang ist, auch noch von Staates wegen gefördert wird. Nicht nur die Wirtschaft braucht positive Signale, sondern auch jener Teil unserer Bevölkerung, der nicht weiss, wie er die nächste Prämienrechnung für die Krankenkasse bezahlen soll. Vom Zusammenhalt dieser Gesellschaft zu sprechen, Finanzdirektor Christian Huber, ist nicht ein Ritual, sondern eine Notwendigkeit, solange vor allem Ihre Partei es unternimmt, den Sozialstaat ideologisch und auch finanzpolitisch sturmreif schießen zu wollen.

Wir erwarten aber auch von der FDP, dass sie den Sozialabbau einstellt und sich nicht länger zu Übungen hergibt, wie der kalten Abschaffung der Altersbeihilfen für die Mehrheit der Bezugsberechtigten.

Die SP ist nicht grundsätzlich gegen Steuersenkungen. Den Tatbeweis führen wir mit der Unterschriftensammlung zu Gunsten der Initiative «weniger Steuern für niedrige Einkommen». Wir sind aber gegen Steuersenkungen, die zu dem alleinigen Zweck veranstaltet werden, die Politik der leeren Kassen fortzuführen. Im Sinne dieser Politik haben Sie alle unsere sozialpolitischen Anträge von der Prämienverbilligung bis zur Erhöhung der Stipendien abgelehnt. Auch das Naturschutzkonzept blieb ohne Mehrheit.

Was bleibt, ist ein Budget, das nicht unser Budget sein kann. Die Tatsache, dass die SVP dieses Budget ablehnt, könnte zu einer unheiligen Allianz führen, wenn wir, wie es unserer Überzeugung entspricht, dieses Budget auch ablehnen. Das Resultat wäre ein Scherbenhaufen, von dem niemand irgendeinen Gewinn haben würde. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse in diesem Rat wird auch ein kommendes Budget nicht unseren Vorstellungen entsprechen. So bleibt uns nichts anderes übrig, als wider Willen dieses Budget nicht zum Scheitern zu bringen. Wir konnten in unserer Fraktion diese Situation nicht besprechen. Aber die Fraktion hat sicher kein Bedürfnis nach einer Neuauflage dieser Diskussion. Sie möchte auch nicht unbedingt dem Regierungsrat diese Straffraktion zumuten, hat doch der Regierungsrat nach der Rücknahme des Budgets Vorschläge unterbreitet, die wir

weitgehend gutheissen konnten, mit der Kritik, die ich in der Eintretensdebatte angeführt habe.

Das ist die Situation. Wir werden daher dieses Budget nicht zum Scheitern bringen, sei es durch Aufstehen oder durch Sitzenbleiben.

*Markus J. Werner (CVP, Niederglatt):* Zunächst zur SVP: Ich weiss beim besten Willen nicht, wo dieses Communiqué ausgegraben worden ist, aber ich habe nicht den Eindruck, dass es dieses Budget betrifft. Wer sogar in Kauf nimmt, 500 Mio. Franken durch derart masslose Steuersenkungsanträge in diesem Staat Realität werden zu lassen, von dem kann ich solche Jammergesänge, wie sie soeben präsentiert worden sind, nicht anhören. Wir müssen doch vernünftig bleiben. Wir müssen auch den gesetzlichen Auftrag wahrnehmen, das heisst den mittelfristigen Finanzausgleich erreichen. Wir müssen vor allem durch sinnvolle Sparanträge eine Entlastung der Laufenden Rechnung herbeiführen. Das hat gefehlt. Dies ist mit der Grund, weshalb letztlich ein sehr unbefriedigendes Budget vorliegt.

Uns ist es unverständlich, wie die SP dazukommt, mit so einer Placebopolitik zu agieren. Entweder steht man zu diesem Budget, oder man steht nicht dazu. Man kann aber nicht sagen, man habe nachher einen Scherbenhaufen. Das Gleiche gilt übrigens auch für die SVP. Sie hat mit keinem Wort erwähnt, was nach der Rückweisung passieren wird. Was soll denn passieren? Sollen wir uns im Mai 2000 wieder zusammenfinden, um nochmals die Rückweisung zu beschliessen? Wir drehen uns hier im Kreis, ohne dass jemand genau weiss, was er eigentlich will.

Wir wissen es. Wir haben es von Anfang an gewusst. Wir haben gesagt, dass wir unser Ziel leicht verfehlt haben. Leicht deshalb, weil die Steuerfussenkung nun gleichwohl – ich bedaure dies nochmals – Realität geworden ist. Wir stehen aber dazu. Wir wollen damit auch unterstreichen, dass wir nie das Augenmass verloren haben; in früheren Jahren nicht und auch in Zeiten nicht, in denen vielleicht das Austragen politischer Auseinandersetzungen in den Medien ein grösseres Gewicht erhält.

Die CVP-Fraktion wird das Budget unterstützen.

*Werner Scherrer (EVP, Uster):* Es wird Sie wohl nicht überraschen, dass die EVP diesem Budget keineswegs mit Begeisterung gegenü-

bersteht. Wir sind mit dem Ergebnis schlicht nicht zufrieden. Das vorliegende Resultat ist beeinflussbar gewesen. Wir hätten die Möglichkeit gehabt, bezüglich der Steuern ein einigermaßen vertretbares Defizit über die Runden zu retten. Wir hoffen zwar alle, dass die Ergebnisse der nächsten Jahre – insbesondere auch dieses Jahres – eher besser sein werden, als budgetiert.

Trotzdem, was jetzt vorliegt, hat in erster Linie zur Folge, dass die Reichen profitieren. Dies ist schon vermehrt gesagt worden. Die Schuldenwirtschaft wird – so scheint es – weitergeführt. Dafür ist nicht die SP oder die linke Ratsseite – wir sitzen nun mal auf dieser Seite – mit verantwortlich. Wenigstens wurde noch das Personal berücksichtigt. Der Januarbrief hat die Anhebung der Löhne beinhaltet. Das stimmt die EVP einigermaßen gütlich, sodass wir das Budget nicht ablehnen. Wir werden ihm aber nicht mit Begeisterung zustimmen. Einige von uns werden sitzen bleiben.

*Balz Hösly (FDP, Zürich):* Es fällt mir ein bisschen schwer, in den Chor der miesmacherischen Vorredner einzustimmen. Wir haben eigentlich Freude an diesem Budget, weil – ich darf das sagen – es allen etwas gebracht hat. Es hat den Angestellten des Kantons etwas gebracht. Es hat den Einwohnern dieses Kantons etwas gebracht, und es hat uns etwas gebracht. Wir haben uns auch mit diesem Budget durchgesetzt. Deswegen werden wir das Budget selbstverständlich nicht zurückweisen. Soviel zu unserer Freude.

Weniger Freude haben wir jetzt aber an der sozialdemokratischen Haltung, Willy Spieler. Ich muss dies sagen. Sie haben es selbst gesagt, angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Rat, halten wir es nicht für selbstverständlich, dass keine Kürzungen, mindestens keine nennenswerten Kürzungen im Sozialbereich vorgenommen worden sind. Sie sind nicht vorgenommen worden. Ich bin der Meinung, Willy Spieler, dass Sie mit den Sozialdemokraten angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Rat mit diesem Budget eher zufrieden sein sollten.

Wir haben aber auch keine Freude an unserer bürgerlichen Schwester, welche in diesem Rat während der Budgetdebatte willkürliche Kürzungsanträge gestellt hat, ohne dass eine nähere Begründung erfolgt ist – so quasi mit der Hauruck-Methode und: wir schiessen jetzt mal aus der Hüfte –, und welche eine sinnlose, wirtschaftsfeindliche Steuerensenkung mit Sparen verwechselt. Wir sind einigermaßen – ich würde sagen – erstaunt, dass sich in diesem Rat tatsächlich eine bür-

gerliche Mehrheit durchsetzen kann und dann ein Teil dieser bürgerlichen Mehrheit aus Trotz – oder soll ich sagen aus Überheblichkeit – sagt, «das ist uns Wurst, wir lehnen dieses Budget trotzdem ab.» Das erstaunt doch sehr. Ich appelliere an die vernünftigen Kräfte in dieser bürgerlichen Schwesterpartei. Dieses Budget ist eigentlich das, meine Damen und Herren der SVP, was Sie realistischerweise, aufgrund der Mehrheit im Kanton Zürich erwarten konnten. Wenn ich höre, dass uns vorgerechnet worden ist, wir hätten bereits nach knapp einem Jahr der Legislatur eine 15-prozentige Steuersenkung hinter uns und damit drei Viertel des Hauptlegislaturzies dieser bürgerlichen Schwesterpartei erfüllt sein sollten, dann wundert es mich tatsächlich, wenn man sagt, leider sind wir auf dem falschen Zug. Da muss ich sagen: Ja, aber vielleicht sind Sie auch falsch eingestiegen. Ich bitte Sie sehr, sich dies nochmals gut zu überlegen.

*Martin Vollenwyder (FDP, Zürich):* Ich muss Ihnen sagen, dass jetzt genau dies geschieht, was unverantwortlich ist. Es geschieht etwas Überhebliches bei der SVP. Sie können nachsehen, was 1986 mit der bürgerlichen Mehrheit in der Stadt Zürich passiert ist, die sich nicht um alle Kräfte gekümmert hat und die keine massvolle Politik betrieben hat. Ich bin etwas erstaunt, dass wir heute Abend vom Präsidenten des Gewerbeverbands gehört haben, dass sie für ein Signal sind und für eine massvolle Senkung. Offensichtlich sind jetzt einige Ohren verstopft. Sie hören nicht, was die Wirtschaft will. Damit wenigstens die Wirtschaft genau weiss, wer aus der anderen Ecke in diesem Kanton aus dem Staat allenfalls Gurkensalat machen will und damit jedermann genau weiss, wie es zugeht und wer der Verwaltung zumutet, nochmals ein Budget zu machen, beantrage ich namens der FDP-Fraktion

*Abstimmung unter Namensaufruf.*

*Daniel Vischer (Grüne, Zürich):* Balz Hösly, Sie haben einen Denkfehler gemacht. Sie wollen, dass die SP und auch wir für Sie die Kohlen aus dem Feuer holen. Gleichzeitig betonen Sie, dies sei das Budget von Ihnen und der SVP. Irgendwie geht dies nicht auf. Allzu grosse Dummköpfe sind wir trotz allem nicht. Ich kann Ihnen ehrlich sagen, es gibt nur einen Grund, warum ich dafür bin, dass das Budget nicht zurückgewiesen wird, weil es sich nicht lohnt, diesen Kindergarten mitzumachen, völlig losgelöst von Ihrer lächerlichen Ideologie,



die Sie eben vertreten haben. Was jetzt veranstaltet wird, ist ein Kindergarten. Wir haben einen Regierungsrat. Er hat eine Mehrheit. Diese Mehrheit hat keine reale Entsprechung mehr in diesem Parlament. Die Budgetdebatte müsste in jedem vernünftigen System zu sofortigen Neuwahlen führen. Weil wir ein anderes System haben, können wir jetzt Pfadfinderübungen veranstalten und ein Budget zurückweisen, das sich kein My ändern würde.

Aus diesem Grund kann ich mich in diesem Punkt Willy Spieler anschliessen und sagen: Ich kann mir nicht vorstellen, dass in meiner Fraktion jemand Interesse daran hat, heute dazu beizutragen, dass dieses Budget zurückgewiesen wird. Ich glaube, diese Budgetdebatte hat auch etwas anderes gezeigt. Ich glaube nicht mehr so ganz, dass das Budget der Ort ist für die grossen politischen Steuerungen.

*Ernst Jud (FDP, Hedingen):* Nach den Worten von Ernst Schibli hat es mir zuerst die Sprache verschlagen. Jetzt habe ich sie wieder gefunden. Ich muss etwas dazu sagen.

Wenn Ihr das vollzieht, was Ernst Schibli gesagt ist, ist das Seldwylerei höchsten Grades. Wenn Ihr von höchster Warte dazu verknurrt seid, hier den Orkan «Lothar» zu spielen, ist das leider eine Tatsache. Wer «Lothar» spielen will, sollte an die Folgen denken und bei den Aufräumarbeiten und der Aufforstung auch dabei sein und diese Arbeit nicht den anderen überlassen. Ich bin zutiefst enttäuscht von Ihnen, liebe SVP. Ich hoffe, Ihr bekommt vom Stimmbürger endlich die Quittung. So geht es nicht. Trotzdem hoffe ich, dass wir uns dereinst wieder finden bei gemeinsamer bürgerlicher Arbeit in unserem Staatswald.

*Susanne Bernasconi-Aeppli (FDP, Zürich):* Ich bitte Sie wirklich, diesen Voranschlag zu genehmigen. Protestieren Sie in jeder Form, die Sie wollen, aber eine Ablehnung des Voranschlags in irgendwelchen Allianzen wäre nun wirklich ein Schildbürgerstreich sondergleichen. Der Auftrag wäre auch nicht klar: Kürzen oder aufstocken? Ich appelliere wirklich an Ihre Vernunft und danke in diesem Sinn Willy Spieler und Daniel Vischer für ihre Voten.

*Germain Mittaz (CVP, Dietikon):* Mit diesem Budget bewegen wir uns als Seiltänzer ohne Netz. Eine demokratische Entscheidung ist gefällt worden. Diese gilt es zu respektieren. Die Vorlage der Ausgabenbremse wird uns möglicherweise bald behilflich sein.

Ich werde mit Zähneknirschen diesem Budget zustimmen und wünsche Finanzdirektor Christian Huber jetzt schon viel Glück, bei der Suche nach Ostereiern mit grossen Banknoten.

Die «Guggenmusiktöne» von gewissen Musikanten der SVP sind von aussen gehört worden. Das Ziel der SVP ist populistisch gesehen erreicht. Werbeeffekt perfekt. Die politische Verantwortung dieser Partei blieb in Finanzsachen aber im Eimer. Das tut mir weh.

*Regierungsrat Christian Huber:* Es geht mir nicht darum, das Budget zu verteidigen, denn es ist Ihr Budget. (*Unruhe*). Der Regierungsrat hat einen Entwurf vorgelegt. Sie haben die Budgethoheit. Deshalb äussere ich mich nicht zum Budget selbst.

Ich räume ein, dass budgetieren ein spannender Prozess ist. Ich bin auch dankbar dafür, dass ich dies bereits zweimal tun durfte. Ich darf Ihnen aber versichern, dass weder ich noch meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dies ein drittes Mal innert kurzer Zeit brauchen. Wir könnten es gar nicht. Selbstverständlich, wenn Sie uns den Auftrag erteilen, wieder ein Budget vorzulegen, so werden wir diesen Auftrag erfüllen. Aber, meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Finanzverwaltung sind jetzt mit der Vorbereitung für den KEF 2001 bis 2004 beschäftigt. Sie werden das Budget 2001 ebenfalls erstellen müssen. Die Konsequenz wird sein, dass wir eine Parallelorganisation aufziehen müssten, das heisst eine eingekaufte Organisation. Wir würden eine Kreditüberschreitung in der Höhe von etwa 500'000 bis 1 Mio. Franken machen. Wer darunter leiden würde, wäre das Personal, weil die Rückgängigmachung der Lohnreduktion nicht zu den unerlässlichen Verwaltungstätigkeiten gehört, die ohne Budget erlaubt sind. Ich bitte Sie, diese Konsequenz zu bedenken. Mehr will ich dazu nicht sagen.

*Abstimmung*

**Für den Antrag, die Abstimmung über den Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 2000 unter Namensaufruf durchzuführen, stimmen deutlich sichtbar mehr als 30 Ratsmitglieder. Damit ist das notwendige Quorum von 30 Stimmen erreicht.** Die Abstimmung wird unter Namensaufruf durchgeführt.

*Abstimmung unter Namensaufruf*

Für den Antrag, den bereinigten Voranschlag 2000, Vorlage 3726b, zu genehmigen, stimmen folgende 96 Ratsmitglieder:

Aeschbacher Rudolf (EVP, Zürich); Amstutz Hanspeter (EVP, Fehraltorf); Annen Ueli (SP, Illnau-Effretikon); Arnet Esther (SP, Dietikon); Attenhofer Hartmuth (SP, Zürich); Bachmann Ernst (SVP, Wädenswil); Balocco Claudia (SP, Zürich); Bapst-Herzog Regina (SP, Zürich); Baumgartner Michel (FDP, Rafz); Bernasconi-Aeppli Susanne (FDP, Zürich); Bernoulli-Schürmann Rita (FDP, Dübendorf); Bertsch Jean-Jacques (FDP, Wettwil a. A.); Biemann Peter F. (CVP, Zürich); Bolleter-Malcom Nancy (EVP, Seuzach); Bornhauser Martin (SP, Uster); Brändli Sebastian (SP, Zürich); Bretscher Christian (FDP, Birmensdorf); Briner Lukas (FDP, Uster); Bucher Adrian (SP, Schleinikon); Buchs Hugo (SP, Winterthur); Bütler Vinzenz (CVP, Wädenswil); Chanson Robert (FDP, Zürich); Clerici Max F. (FDP, Horgen); Dähler Thomas (FDP, Zürich); Denzler Oskar (FDP, Winterthur); Derisiotis-Scherrer Elisabeth (SP, Zollikon); Dollenmeier Stefan (EDU, Rüti); Dürr Lucius (CVP, Zürich); Egg Bernhard (SP, Elgg); Eugster-Wick Yvonne (CVP, Männedorf); Fahrni Hans (EVP, Winterthur); Fischer Gerhard (EVP, Bäretswil); Fischer Hans Jörg (SD, Egg); Frey-Wettstein Franziska (FDP, Zürich); Furrer Käthi (SP, Dachsen); Galladé Chantal (SP, Winterthur); Gerber Rüegg Julia (SP, Wädenswil); Germann Willy (CVP, Winterthur); Götsch Neukom Regula (SP, Kloten); Guex Gaston (FDP, Zumikon); Gübeli Jacqueline (SP, Horgen); Gurny Cassee Ruth (SP, Maur); Halter Otto (CVP, Wallisellen); Hartmann Hansruedi (FDP, Gossau); Hatt Ruedi (FDP, Richterswil); Heiniger Thomas (FDP, Adliswil); Heinimann Armin (FDP, Illnau-Effretikon); Honegger Andreas (FDP, Zollikon), Honegger Werner (SVP, Bubikon); Hösly Balz (FDP, Zürich); Huber Severin (FDP, Dielsdorf); Illi Liselotte (SP, Bassersdorf); Isler Thomas (FDP, Rüslikon); Isler Ulrich (FDP, Seuzach); Jud Ernst (FDP, He-

dingen); Keller Ruedi (SP, Hochfelden); Keller Ueli (SP, Zürich); Kessler Gustav (CVP, Dürnten); Knellwolf Ernst (SVP, Elgg); Kosch-Vernier Jeanine (Grüne, Rüschtikon); Krebs Kurt (SVP, Zürich); Kündig Jörg (FDP, Gossau); Kupper Erwin (SD, Elgg); Lalli Emy (SP, Zürich); Lehmann Luzia (SP, Oberglatt); Marty Kälin Barbara (SP, Gossau); Mittaz Germain (CVP, Dietikon); Moser-Cathrein Susi (SP, Urdorf); Mossdorf Martin (FDP, Bülach); Noser Ruedi (FDP, Hombrechtikon); Oser Peter (SP, Fischenthal); Pillard Luc (SP, Illnau-Effretikon); Ramer-Stäubli Blanca (CVP, Urdorf); Reber Klara (FDP, Winterthur); Reinhard Peter (EVP, Kloten); Riedi Anna Maria (SP, Zürich); Ruggli Marco (SP, Zürich); Rusca Speck Susanna (SP, Zürich); Sallenbach Hansueli (FDP, Wallisellen); Schmid Hansjörg (SVP, Dinhard); Schmid Hansruedi (SP, Richterswil); Schneebeili Hanspeter (FDP, Zürich); Schürch Christoph (SP, Winterthur); Schwitter Stephan (CVP, Horgen); Spieler Willy (SP, Küsnacht); Stirnemann Peter (SP, Zürich); Thalmann-Meyer Regula (FDP, Uster); Tremp Johanna (SP, Zürich); Troesch-Schnyder Franziska (FDP, Zollikon); Vollenwyder Martin (FDP, Zürich); Vonlanthen Peter (SP, Oberengstringen); Walti Beat (FDP, Erlenbach); Winkler Gabriela (FDP, Oberglatt); Wuhrmann Heinrich (SVP, Dübendorf); Ziegler Sabine (SP, Zürich); Zopfi Helga (FDP, Thalwil).

Gegen den Antrag, den bereinigten Voranschlag 2000, Vorlage 3726b, zu genehmigen, stimmen folgende 62 Ratsmitglieder:

Achermann Christian (SVP, Winterthur); Ackeret Rudolf (SVP, Basersdorf); Bachmann Oskar (SVP, Stäfa); Bachmann Rudolf (SVP, Winterthur); Bergmann Adrian (SVP, Meilen); Binder Fredi (SVP, Knonau); Bosshard Kurt (SVP, Uster); Bosshard Werner (SVP, Rüm- lang); Brunner Ernst (SVP, Illnau-Effretikon); Büsser-Beer Marie- Therese (Grüne, Rüti); Cahannes Franz (SP, Zürich); Dobler Bruno (parteilos, Lufingen); Egloff Hans (SVP, Aesch b. B.); Fehr Hansjörg (SVP, Kloten); Frehsner-Aebersold Rosmarie (SVP, Dietikon); Frei Hans Peter (SVP, Embrach); Frei Hans (SVP, Regensdorf); Furrer Werner (SVP, Zürich); Good Peter (SVP, Bauma); Grossmann Bruno (SVP, Wallisellen); Habicher Lorenz (SVP, Zürich); Haderer Willy (SVP, Unterengstringen); Heer Alfred (SVP, Zürich); Hess Felix (SVP, Mönchaltorf); Heuberger Rainer (SVP, Winterthur); Heusser Hans-Heinrich (SVP, Seegräben); Hürlimann Werner (SVP, Uster);

Hunziker Wanner Barbara (Grüne, Rümlang); Jucker Johann (SVP, Neerach), Kamm Silvia (Grüne, Bonstetten); Krähenbühl Vilmar (SVP, Zürich); Kübler Ueli (SVP, Männedorf); Kuhn Bruno (SVP, Lindau); Leuthold Jürg (SVP; Aeugst a. A.); Mächler Peter (SVP, Zürich); Meier Thomas (SVP, Zürich); Meyer Ernst (SVP, Andelfingen); Moor-Schwarz Ursula (SVP, Höri); Munz Roland (LdU, Zürich); Petri Gabriele (Grüne, Zürich); Püntener Toni W. (Grüne, Zürich); Rihs-Lanz Susanne (Grüne, Glattfelden); Rutschmann Hans (SVP, Rafz); Schellenberg Georg (SVP, Zell); Schibli Ernst (SVP, Otelfingen); Schneider-Schatz Annelies (SVP, Bäretswil); Schwendimann Werner (SVP, Oberstammheim); Sidler Bruno (SVP, Zürich); Stocker-Rusterholz Ernst (SVP, Wädenswil); Stutz-Wanner Inge (SVP, Marthalen); Styger Laurenz (SVP, Zürich); Styger-Bosshard Maria (SaS, Zürich); Suter Arnold (SVP, Kilchberg); Toggweiler Theo (SVP, Zürich); Trachsel Jürg (SVP, Richterswil); Walliser Bruno (SVP, Volketswil); Weber Theres (SVP, Uetikon a. S.); Wild Hans (SaS, Zürich); Züblin Hans-Peter (SVP, Weiningen); Züllig Hansueli (SVP, Zürich); Züst Ernst (SVP, Horgen); Zweifel Paul (SVP, Zürich).

Der Stimme enthalten haben sich folgende neun Ratsmitglieder:

Bäumle Martin (Grüne, Dübendorf); Guyer Esther (Grüne, Zürich); Hollenstein Erich (LdU, Zürich); Müller Felix (Grüne, Winterthur); Müller Thomas (EVP, Stäfa); Scherrer Werner (EVP, Uster); Vischer Daniel (Grüne, Zürich); Werner Markus J. (CVP, Niederglatt); Ziltener Erika (SP, Zürich).

Abwesend sind folgende zwölf Ratsmitglieder:

Badertscher Hans (SVP, Seuzach); Cavegn Reto (FDP, Oberengstringen); Duc Pierre-André (SVP, Zumikon); Filli Peider (AL, Zürich); Jaun Dorothee (SP, Fällanden); Leibundgut Jürg (SVP, Zürich); Portmann Hans-Peter (FDP, Kilchberg); Schreiber Kurt (EVP, Wädenswil); Spillmann Charles (SP, Ottenbach); Volland Bettina (SP, Zürich); Waldner Liliane (SP, Zürich); Ziegler-Leuzinger Regula (SP, Winterthur).

Der Rat setzt sich gegenwärtig aus 180 Mitgliedern zusammen. Nicht gestimmt hat usanzgemäss der Ratspräsident.

**Der Kantonsrat stimmt mit 96 : 62 Stimmen, bei 9 Enthaltungen, dem bereinigten Voranschlag 2000 des Kantons Zürich zu:**

I. Der Voranschlag 2000 wird wie folgt genehmigt:

Verwaltungsrechnung Laufende Rechnung: Aufwandüberschuss  
von Fr. 172'703'610

Investitionsrechnung: Nettoinvestitionen  
von Fr. 732'785'400

Laufende Rechnung und Investitionsrechnung der unselbstständigen und selbstständigen staatlichen Unternehmungen gemäss Entwurf und Nachträge des Regierungsrates.

II. Mitteilung an den Regierungsrat.

III. Veröffentlichung im Amtsblatt.

Das Geschäft ist erledigt.

**Verschiedenes**

***Rücktritt***

*Ratssekretär Thomas Dähler:* Rücktritt aus der Kommission Planung und Bau von Vilmar Krähenbühl, Zürich: «Hiermit erkläre ich auf den 15. Februar 2000 meinen Rücktritt aus der Kommission Planung und Bau. Die berufliche Herausforderung lässt sich mit der sehr anspruchsvollen Arbeit als Kommissionsmitglied nicht mehr vereinbaren.

Ich danke der Präsidentin und den Mitgliedern für die Geduld, die sie mit mir hatten und wünsche der Kommission für die Zukunft erfolgreiche Geschäftsbehandlungen.»

***Sitzungsplanung***

*Ratspräsident Richard Hirt:* Nun sind wir wesentlich früher mit der Budgetberatung fertig geworden. Deshalb sehen wir am 14. Februar 2000 folgende Traktanden vor: Wir machen nur eine Vormittagssitzung. Diese beginnt um 09.15 Uhr, damit Sie Gelegenheit haben, eine

Fraktionssitzung durchzuführen. Dann kommen zwei Wahlgeschäfte, eine Behördeninitiative, sechs Einzelinitiativen sowie acht parlamentarische Initiativen. Der Versand erfolgt wie üblich am Mittwoch.

*Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse*

- **Änderung der Verordnung über die kantonalen Krankenhäuser**  
Postulat *Erika Ziltener (SP, Zürich)* und *Christoph Schürch (SP, Winterthur)*
- **Kasernen in Zürich; Entlassung aus dem Denkmalschutz**  
Postulat *Bettina Volland (SP, Zürich)* und *Hartmuth Attenhofer (SP, Zürich)*
- **Städtebau und Denkmalschutz**  
Postulat *Hartmuth Attenhofer (SP, Zürich)*, *Anna Maria Riedi (SP, Zürich)* und *Chantal Galladé (SP, Winterthur)*
- **Kunsthhaus Zürich**  
Anfrage *Hartmuth Attenhofer (SP, Zürich)* und *Sabine Ziegler (SP, Zürich)*
- **Areal Heimplatz, Rämistrasse und Kantonsschulstrasse in Zürich**  
Anfrage *Ueli Keller (SP, Zürich)*
- **Koordination zwischen Kantonsrat und Verfassungsrat**  
Anfrage *Balz Hösly (FDP, Zürich)*

Schluss der Sitzung: 22.30 Uhr

Zürich, den 8. Februar 2000

Die Protokollführerin:  
Barbara Schellenberg

Vom Ausschuss Ratsprotokolle der Geschäftsleitung genehmigt am 20. März 2000.